

Bezugspreis:
Stettin 7,50 M., monat 2,50 M.
Kleinere Postgebühren Einzelne
Kunden 1,00 M. zzgl. Postgebühren

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die vierteljährliche Anzeigenpreisliste
folgt 1,00 M. 'Kleine Anzeigen'
das vierteljährliche Wort 50 Hg.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Telefon: Amt Morosplatz, Nr. 15190-15197.

Sonnabend, den 5. April 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Telefon: Amt Morosplatz, Nr. 11753-54.

Keine Landung in Danzig.

Berlin, 4. April abends.

Das Abkommen über die Frage des Durchzuges polnischer Truppen durch deutsches Gebiet ist heute abend 7 1/2 Uhr vom Reichsminister Erzberger und Marschall Foch in Spa unterzeichnet worden. Die Bedeutung des Abkommens liegt darin, daß eine Landung in Danzig nicht stattfindet.

Vor der Unterzeichnung des Protokolls hat Reichsminister Erzberger die Erklärung abgegeben, daß die Auffassung der Entente über den Artikel 16. des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918, wonach sich aus dem Artikel für Deutschland die Verpflichtung ergebe, auch die Truppen des Generals Haller in Danzig nach Polen durchzumarschieren zu lassen, sich nicht mit der Auffassung der deutschen Regierung deckt. Ferner hat der Reichsminister Erzberger vor der Unterzeichnung an Marschall Foch beantragt und die Zusage erhalten, daß Marschall Foch, weil er für Schiffsfahrfragen nicht zuständig ist, den zuständigen englischen Schiffsfahrbehörden empfehlen wird, für die Dauer des Durchzuges polnischer Truppen durch deutsches Gebiet die deutsche Küstenherrschaft freizugeben.

Das Abkommen, das, wie nach dem bereits gegebenen Mitteilungen der Waffenstillstandskommission anzunehmen war, ein Kompromiß darstellt, zwischen der deutschen Auffassung und dem Standpunkt der Entente hat folgenden Wortlaut:

I. Aus dem Artikel 16 des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 ergibt sich für Deutschland die Verpflichtung, den Durchmarsch alliierter Streitkräfte in Danzig zuzulassen und insoweit nach der Auffassung der Alliierten auch der Truppen des Generals Haller.

II. Die deutsche Regierung hat folgende neue Transportwege vorgeschlagen:

- 1. Von Stettin über Arnim, Richtung Boien-Darshan.
2. Von Pillau, Königsberg und Memel über Narichen, Lüd, Krajewo.
3. Neber Koblenz, Siegen, Kassel, Halle, Eisenburg und über Frankfurt a. M., Wehra, Erfurt, Leipzig, Eisenburg, dann weiter über Rottbus, Pissa, Kallisch.

III. Die deutsche Regierung gewährleistet die vollkommene Sicherheit dieser Transportwege. Auf der Gegenseite werden Maßnahmen ergriffen werden, damit die auf dem Transport durch deutsches Gebiet befindlichen Truppen alles unterlassen, was Unruhe unter der Bevölkerung hervorrufen könnte. Die Transporte werden gegen den 10. April beginnen und ungefähr zwei Monate dauern. Die betreffenden polnischen Truppen sind für die Aufrechterhaltung der Ordnung gemäß Artikel 16. des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 bestimmt.

IV. Die Durchführung der Transporte wird durch einen Zusatzvertrag zu diesem Protokoll geregelt.

V. Sollten auf dem Transport über die von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Verkehrswege ernste Schwierigkeiten entstehen, welche die deutsche Regierung, nachdem sie von den alliierten und assoziierten Regierungen benachrichtigt ist, nicht zu beseitigen vermag, so behält sich Marschall Foch, der Höchstkommandierende der alliierten Armee, das Recht vor, auf die Transporte zurückzukommen, die im Artikel 16 des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 vorgesehen sind, und zwar nach Ausführungsabstimmungen und mit Garantien, die durch die internationale permanente Waffenstillstandskommission in Spa festgesetzt sind.

Mit diesem Abkommen ist ein Streitfall aus der Welt geschafft, der lange genug dem noch Frieden leidenden Europa neue Unruhe bringen zu drohte. Die Entente hat in diesem Fall anerkannt, daß es auch für den besiegten Gegner Grenzen des Entgegenkommens gibt, über die er nicht hinweg kann und daß das Diktat des Siegers nicht das geeignete Mittel ist, alle Fragen zu lösen, deren geschickter Regelung zu bringen. Es ist zu wünschen, daß der Geist dieses Abkommens auch bei den allgemeinen Friedensverhandlungen sich als wirksam erweisen möge.

Neber das endgültige Schicksal Danzigs ist durch dieses Abkommen noch nicht entschieden. Von unserem Standpunkt aus ist aber dazu zu sagen: Wenn dem deutschen Volk schon die vorübergehende Freisetzung der Polen im deutschen Danzig als eine unverträgliche Zumutung erschien, so gilt das noch viel mehr für die dauernde Wohnstätte wirklich deutschen, d. h. von Deutschen bewohnten Danzigs durch andere Völker. Erträglich für das deutsche Volk kann nur ein Frieden sein, durch den das demokratische Recht aller seiner Teile, aber sich selbst zu bestimmen, nicht angetastet wird. Nach diesem Recht aber ist Danzig deutsch und wird es auch deutsch bleiben!

Englischer Angriff auf die französische Regierung.

Berlin, 4. April. Die 'Daily News' greift die französische Regierung in einem Leitartikel heftig an, da sie durch ihre imperialistische Führung den Frieden verzögere. Das Blatt sagt: Die Abtrennung von Danzig wäre eine Dummheit und ein Verbrechen und eine größere Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes, als die Elfenbeintürme 1871 angeht worden ist. Das Blatt lehnt ferner unbedingt die von Foch vertretene Politik ab. Rohstoffe und Nahrungsmittel seien die einzige notwendige Waffe gegen den Bolschewismus.

Die Entwaffnung Deutschlands.

Paris, 4. April. (Gavas.) In der Kammer schlug Rainald gestern vor, am Freitag über den Antrag zu beraten, der die Regierung auffordert, die Entwaffnung Deutschlands zu erzwingen. Der Antrag lautet: Die Kammer, die entschlossen ist, die vollständige Entwaffnung Deutschlands zuzustanden zu erhalten, fordert die Regierung formell auf, in der Friedenskonferenz den Vorschlag zu unterstützen und zur Annahme zu bringen, daß Deutschland weder eine Armee noch eine militärische Organisation noch irgendeine Art der Bewaffnung beibehalten darf und daß in jedem der deutschen Staaten nur zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung die nötigen Polizei- und Gendarmerietruppen bestehen bleiben. Deschanel machte darauf aufmerksam, daß die Verfassung dem Parlament kein Recht verleihe, der Regierung vor Grundgesetzen für Verhandlungen vorzuschreiben. Foch antwortete, daß die Regierung den verfassungsmäßigen Charakter des Beschlusses nachprüfen müsse, daß sie aber im Grunde den Gedanken billige und entschlossen sei, eine durchgreifende Entwaffnung Deutschlands zu erzielen. Deutschland solle nicht mehr in der Lage sein, eine Unternehmung zu beginnen wie die vergangene, für die es in vollem Maße verantwortlich sei, und die der Menschheit so teuer zu stehen kam. Die Regierung wolle unannehmlich für die Kammer volles Vertrauen verlangen. Er werde im Sinne des Antrages alles tun, diese Grundzüge durchzusetzen. Den Wünschen der Kammer solle entsprochen werden. Rainald erklärte sich für sehr befriedigt von den Ausführungen, stellte die Einmütigkeit der Kammer fest und schloß mit der Bemerkung, daß eine Abstimmung unnötig sei. (Beifall.)

Meutereien Posener Polentruppen.

Löwen, 4. April. (Eigener Drahtbericht des 'Vorwärts'.) Aus Posen wird gemeldet: Die kürzlich neugebildeten polnischen Truppen sollten nach Warschau verladen werden. Die Truppen weigerten sich jedoch und verhinderten mit Gewalt die Abfahrt des Zuges, so daß die bereits verladene Pferde wieder ausgeladen werden mußten.

Die kommunistische Regierung in Ungarn.

Budapest, 4. April. Laut Meldung des ungarischen Telegraphen-Büros hat der revolutionäre Regierende Rat die Stellen der stellvertretenden Volkskommissare aufgehoben und die Volkskommissariate folgendermaßen verteilt: Mitglieder des revolutionären Regierenden Rates sind: Als Vorsitzender Alexander Gombai, für Inneres, Eisenbahn und Schifffahrt Eugen Vandier und Bela Vago, Landwirtschaft Eugen Hamburger, Georg Kishor und Karl Santus, Seerwesen Bela Kun, Wilhelm Boehm, Rudolf Fiedler, Anton Hauslich und Bela Szanto, Justiz Jolian Kocsi und Stefan Lada, Öffentlicher Unterricht Sigmund Kunfi, Georg Tulacz, Alexander Szabados und Tibor Szamualy, Ungarisch Bela Kun, Peter Kojton und Josef Kogani, Arbeiterangelegenheiten und Volkswohlfahrt Desider Bokanyi und Anton Gull, Deutscher Volkskommissar Heinrich Kalmot, Finanzen Bela Szekely und Julius Bengel, Rumänischer Volkskommissar August Stefan, Gesellschaftliche Erziehung: Eugen Varga, Mathias Kozsi, Anton Dobesal, Julius Hebes und Josef Kelen.

Wien, 4. April. (Meldung des Holländisch Neuwisbureau.) Nach einer Meldung der 'Neuen Wiener Wochenspost' aus Budapest bedeutet die Veränderung der Regierung eine starke Abwendung von dem radikalen linken Flügel. Die neue Regierung stellt eine gemäßigtere kommunistische Regierung dar, von deren Arbeit eine Milderung der bisherigen Handhabung des Kommunismus zu erwarten sei.

Eintritt Wiener Wehrleute in die Rote Armee.

Wien, 4. April. (Meldung des Holländisch Neuwisbureau.) Das Abdrücken von Wiener Volksweldern nach Ungarn dauert an. Gestern ist in Budapest ein Sonderzug mit 1200 Wiener Volksweldern eingetroffen, die als Freiwillige in die ungarische Rote Armee einzutreten.

Neue auswärtige Politik.

Von Erwin Dersch.

Neue Tatsachen begründen neue Notwendigkeiten, bilden neue Gefühlswerte, schaffen neue Bestimmungen, andere geartete Charaktere, biegen gewohnte Geisteströmungen ab, erzwingen neue politische und wirtschaftliche Orientierung und erzeugen neue Ideologien. Alles was wir sind, denken und tun, ist so stark von den materiellen Begebenheiten bedingt, daß wir deren Einfluß uns nicht entziehen dürfen, wenn wir uns nicht isolieren und von der Umwelt abspalten wollen. Das gilt für das private wie für das gesellschaftliche Leben, für das wirtschaftliche wie für das politische, für das nationale wie für das internationale. Wir stehen mitten im Fluß der Dinge, und wir müssen daraus lernen. Als Einzelwesen sowohl wie als Volk.

Ein vieljähriger Krieg hat die Welt umgepflügt. Auch für die Völker, die als Zuschauer oberhalb der eigentlichen militärischen Kämpfe standen, bedeutet dieser Krieg eine tiefgehende wirtschaftliche, politische und geistige Revolution. Eine große generelle Umwertung aller Werte, Verdrängung aller inneren und äußeren Begriffsbildungen ist über die ganze Welt gekommen, und schließlich hat gerade bei uns in Deutschland die offene Revolution fast alles umgewälzt, was uns der Kriegszeit noch an traditionellen, scheinbar gefestigten Vorstellungen gerettet worden war. Dieser Fluß der Ereignisse dauert noch fort, und seine letzten Resultate materieller und geistiger Art sind noch nicht abzusehen.

Wir stehen noch am Anfang dieses Entwicklungsprozesses. Welche Gestalt schließlich daraus werden wird, vermag heute noch niemand zu sagen. Allgemein kann man nur die großen Linien erkennen, innerhalb deren die neue Entwicklung verlaufen wird. Das ist die Demokratie und wohlstandender Sozialismus.

Neben der notwendig gewordenen inneren staatlichen und wirtschaftlichen Umformung sind auch unsere Beziehungen zur übrigen Welt auf eine durchaus andere, den veränderten Zeitumständen, der neuen Entwicklung, der neuen Ideologie, die in die Welt einziehen wird, angepaßte neue Grundlage zu stellen.

Die auswärtigen Beziehungen der früheren Regierung waren schon darum für die Völker unglücklich, weil sie nicht das Band knüpften, das die einzelnen Nationen in ein engeres freundschaftliches, sich gegenseitig verstehendes Verhältnis bringen sollte. Sie waren ganz einseitig von Haus- und Standesinteressen und Vorrechten diktiert, geschäftsmäßige Verbindungen zwischen der Diplomatie der einzelnen Staaten.

Der hohe Reiz für die auswärtigen Beziehungen des neuen Deutschland muß sein: Freundschaft zwischen den Völkern!

Der frühere diplomatische Dienst war lediglich auf die Beziehungen zwischen den Regierungen und Regierenden angeknüpft. Darin wurzelte die für den Frieden und für das Wohl der Völker so verhängnisvolle Politik. Die Interessen der herrschenden Oberschicht waren im allgemeinen nicht mit denen des breiten Volkes identisch. Insbesondere waren sie fremd und in den Hauptpunkten entgegengekehrt den Interessen des unteren Volkes, der Arbeiterklasse. Diese hat jetzt — nicht etwa bloß in den besiegten Ländern — in der inneren Politik ein starkes Gewicht, das ausschlaggebende Gewicht und teilweise sogar das Übergewicht erhalten. Das muß in der neuen auswärtigen Politik berücksichtigt werden. Die auswärtigen Beziehungen werden fortan in der ganzen Welt im weitesten Sinne des Wortes Beziehungen zwischen den Völkern sein müssen, Beziehungen, in denen die spezifischen politischen Einflüsse der produktiven Volksschichten Ausdruck finden müssen.

Die in ihnen enthaltenen Stimmungen, Wünsche, Interessen, Empfindungen, Ideen lassen weit und heralich über die geographischen Grenzen hinweg. Sie leben ihren eigenen Gesetzen und lassen sich nicht in knappe Formeln und chiffrierte Telegramme einzwängen. Sie sind in lebendigem Atmen, und in ihnen pulst das warme Blut der Menschlichkeit — der solange zurückgehaltenen, nun aber an den graujungen Lehren des hinter uns liegenden Krieges nach gewordenen und zum Bewußtsein gekommenen Menschlichkeit.

Diese allgemeine Stimmung will nicht auf die unheilvoll schlüpfrige Bahn alter politischer Vereingewohnenheit, Geschäftigkeit und Intrige zurückgleiten, auf der die 'Andern' in der Regel auf ihre Wertbarkeit als Objekte zur Förderung der eigenen Interessen eingesehen und behandelt wurden. Sie will, daß die 'Andern' die Kontrahenten in einem

offenen christlichen Bakt für den beiderseitigen Nutzen und für wechselseitige, herzliche Beziehungen werden. Vertragsteilnehmer werden gesucht, nicht Vertragsgegner, die man mit der krasse Interessenbrille auf ihre schwachen Stellen abführt.

Unsere Außenpolitik war lediglich nach Macht- und Geschäftsinteressen orientiert, die in der alten Welt Geltung hatten. Die Idee höherer Gerechtigkeit war aus diplomatischen Werkstätten verbannt. Soweit man von einer Idee in der Außenpolitik überhaupt sprechen konnte, lebte der Chaudhury in ihr, und ihr stiller Gehalt entsprach dem manchesterlichen Kapitalismus. Die Engländer haben sie auf die für alle Nationen gültige Formel gebracht „Right or wrong my country“.

Die Methode der alten Diplomatie war, auf streng geheimen Wegen zu wandeln. In ihr lebte das Prinzip der Konspiration, des Mißtrauens und der Hinterhältigkeit; ihr geistiger Führer war — auch wenn es bestritten wird — Machiavelli. Die Notwendigkeit des Ueberlistens des Gegners bildete wohl Schläue und Raffinesse aus, aber sie war recht unfruchtbar und häufig sogar im innersten Kerne negativ.

Dieser Schule entsprach auch das menschliche Material, das in ihr gebildet wurde. Für die deutsche Diplomatie hat ein großes Umlernen begonnen. Viele von den alten Diplomaten werden nicht innerlich frei und selbständig genug geblieben sein, um sich in das Neue innig einzufühlen zu können. Nicht wenige dieser Männer werden für die künftigen diplomatischen Bedürfnisse des Deutschen Reiches nicht mehr nützlich gemacht werden können.

Unsere auswärtige Politik war gewiß außerordentlich unglücklich, sonst würde man nicht verstehen können, doch, trotz der allgemeinen politischen Mißstimmung gegen Deutschland, der Achtung vor dem deutschen Volke nicht nur in Europa, sondern auch in ferneren Ländern allenthalben uneingeschränkt Ausdruck gegeben worden ist. Die besonderen Qualitäten des deutschen Volkes, sein Fleiß, seine Tüchtigkeit, sein Ehrgefühl, seine Kraft, seine geistige Charaktere verbürgen uns, daß eine sorgfältige und auf das Prinzip der Gerechtigkeit eingestellte Außenpolitik uns bald einen hohen Rang in der Völkergemeinschaft erreichen lassen werden.

Bolschewistische Hoffnungen.

Kellingsford, 4. April. „Dramba“ und „Sewernaja Kommuna“ melden: Die Sowjets Russlands und Ungarns haben die Verbindungen mit den Führern der instabilen Arbeiterparteien in Rumänien aufgenommen.

„Sewernaja Kommuna“ erwartet die baldige Ausbreitung des Bolschewismus von der Ukraine aus über Galizien und Ungarn nach Oesterreich und Bayern.

In dem Industriegebiet von Grodno und in Stanislaw haben sich Arbeiter, und Soldatenräte gebildet.

Die Sowjettruppen sind in der Krim einmarschiert und nähern sich Kofow.

Die Sowjetregierung bietet alles auf, um den mittleren Bauernstand zum Anschluß an die Kommunistenpartei zu veranlassen.

Die Menschewisten gegen eine bewaffnete Intervention in Rußland.

Stockholm, 4. April. Das linkssozialistische „Folksamblad“ gibt einen unter anderem von Abramowitsch, Marlow, Trojanowski und Tscherewanin unterzeichneten Aufruf der Menschewisten wieder, in dem alle sozialistischen Parteien und Gewerkschaftsverbände aufgefordert werden, die Agitation gegen ein bewaffnetes Eingreifen und für eine Verständigung zwischen den Verbündeten Europas und Lenin zu verdoppeln. Der Aufruf schließt: „Nieder mit der bewaffneten Intervention! Hände weg vom revolutionären Rußland!“

Die Diebin.

Von Hermann Riensel

Das halbjährige Kind trägt sie auf dem Arm. Ein Gerichtsdiener geht im Korridor vorüber an den Bänken, wo die Leute, Jungen und „Reine“ Angeklagte, warten. Sie ist angetreten worden. Er ist bei andächtigem Lächeln, bleibt einen Augenblick stehen und grinst: „Uff, der Wurm hat 'ne schwere Sache jeshoben, jamol!“

Die junge Frau antwortet nicht. Ein lächelnder, jünger Mann streift den Mann. Aus verwirrten Augen, die in einem schmalen Gleichen Gesicht flackern. Unwillkürlich preßt sie ihr kleines festes Knie an die Brust.

„Gute Nacht!“

Die junge Frau taumelt zur Tür, beirrt den lachenden Mann, wo über ihr Schicksal entschieden werden wird. Dunkle Röte überfliegt sie. Sie, ehrlicher Leute Kind, vor Gericht! Angeklagt wegen ... Diebstahls ...

Der Richter zungelt die Stirn: „Was wollen Sie denn hier mit dem Kind?“

Sie zittert. Stutzt, daß man ihr das Kleine nehmen werde. „Müder! Verzeihung! ... Es ist so schwach ... und wenn ich lange fort bin, muß es hungern ...“

Der Richter beginnt mit dem Verhör.

Der Fall ist einfach.

„Gute Nacht, eines aus dem Kriege vor kurzem heimgekehrten Arbeiters Frau, hat die Jahre der redlich, Orat verdient. Für sich und die Kinder. Bis zur Erschöpfung ihrer Kraft.“

Aber jetzt hat sie gestohlen.

In dem Hause des reichen Bankiers war sie als Aushilfe beschäftigt. Nicht regelmäßig, aber wenn es gerade die Kasse zu schmecken gab oder einen Botengang oder sonst eine Zusatzarbeit.

„Der Mann ist wieder da,“ sagt der Richter, „ist er in seiner Zucht?“

Die Frau schweigt.

„Um! ... Er ist doch bei Ihnen zu Hause! So sprechen Sie doch schon!“

„Er ... er hat sich verfahren lassen.“

„Was heißt das?“

„Im Januar ... bei den Unruhen ...“

„Uff!“ — ruft der Richter. — „Spartakist! Uff Frau und Kinder hungern und geht auf Raub aus!“

„Der Mann ist nicht schuld“, spricht sie leise, und ihre stehenden schönen Augen werden feucht, „die anderen haben ihn gezwungen ... denen ist nichts geschehen, ihn hat getroffen.“

„Verwundet?“

„Rein ... verwundet.“

Der Richter schmeißt den Kopf, er stellt den Saßberst fest.

„Also ... Es ist Anzeig gegen Sie erstattet. Sie haben sich an den Vorreden im Hause Ihrer Herrschaft vergriffen. Wir werden die Zeugen hören.“ — Zum Gerichtsdiener: „Ist die Jungin Frau Bankiers bald jetzt endlich gekommen?“

„Rein“, meldet der Diener.

„Was haben Sie zu sagen?“, wendet sich der Richter an die Angeklagte.

Aufnahme der deutsch-italienischen Handelsbeziehungen.

Lugano, 4. April. (T. A.) In italienischen Handelskreisen wird die sofortige Aufhebung des Handelsverkehrs zwischen Italien und den Mittelmächten immer dringender erhoben. Die Mailänder Handelskammer ist in diesem Sinne bei der italienischen Regierung vorstellig geworden und hat außerdem den Antrag gestellt, die Konfiskation der Vermögen der feindlichen Ausländer in Italien wieder rückgängig zu machen.

Völlige Aufhebung der Blockade.

Genf, 4. April. (Melbung der „Telegr. Kompagnie“.) Nach einer Information des „Comme Libre“ beabsichtigen die Regierungen der Alliierten, die völlige Aufhebung der Blockade über die feindlichen Länder mit Ausnahme Ungarns. Danach würde Deutschland nunmehr in die Lage versetzt werden, mit sämtlichen Staaten der Erde in Verbindung wegen seiner Versorgung mit Rohstoffen und Lebensmitteln zu treten.

Geplante Militärrevolte.

Gegenmaßnahmen der Regierung.

Berlin, 4. April. (W. Z. V.) In mehreren Städten ist in der letzten Zeit der Versuch gemacht worden, militärische Formationen für eine im April vorzunehmende Militärrevolte zum Zweck des Sturzes der Regierung, der Sprengung der Nationalversammlung und der Ausrufung der Räterepublik zu gewinnen. So fanden in Magdeburg und Berlin Versprechungen statt, an denen neben Soldaten Mitglieder der Partei der unabhängigen Sozialdemokraten teilgenommen haben. In erster Linie sollten die Soldaten des Magdeburger 4. Armeekorps, dessen Zentralrat an den Erörterungen beteiligt war, und Formationen des 21. und 16. Armeekorps an dem Unternehmen beteiligt sein. Die beiden letzten Armeekorps hatten früher ihren Standort in Lothringen. Die Regimenter demobilisierten in Orten, die im Bezirk des 4. Armeekorps liegen. Die Leute sind nicht immer gut untergebracht. Die Unteroffiziere sind wegen ihrer Zukunft besorgt. Die vorhandene Unzufriedenheit wollten verbrecherische Drahtzieher ausnutzen, indem sie den politisch und wirtschaftlich wenig erfahrenen Soldaten klar zu machen suchten, es sei nur nötig, die Regierung zu stürzen um ihnen eine angenehme Zukunft zu garantieren. Das hat bis zu einem gewissen Grade bei einer Anzahl Soldaten gewirkt, da ihnen der Erfolg als ganz sicher in Aussicht gestellt war. Nachdem in Magdeburg der Plan erörtert worden war, ist schließlich von den Verschwörern in Berlin bei Truppenführern der Versuch gemacht worden, sie zur Teilnahme an dem Handreich zu gewinnen. Der Plan ist der Regierung in seinen Hauptteilen bekannt. Für alle Fälle hat der Reichswehrminister als Oberkommandierender Befehle getroffen, durch die gewährleistet wird, daß jeder Erhebungsversuch auf das nachdrücklichste unterdrückt werden kann.

Die Lage im Ruhrrevier.

142 000 Streikende.

Essen, 4. April. Die Lage im Ruhrrevier ist gegen gestern nicht wesentlich verändert. Die Zahl der Ausständigen belief sich bei der heutigen Frühstückzeit auf 142 000 gegen 131 000 gestern.

In Dortmund und ist nach Meldungen der B. P. N. die Lage unverändert. Es ist alles ruhig. In Bottrop ist eine Verbesserung der Lage eingetreten, die Hälfte der Belegschaften ist bereits wieder eingefahren.

Streik im Saarrevier.

Saarbrücken, 4. April. Die Bergarbeiter der Saargruben und der westfälischen Gruben sind den Abmachungen ihrer Organisationsvertreter mit dem französischen Grubenkontrollleur nicht gefolgt und haben am 1. April die Arbeit nicht aufgenommen. Dadurch sind die getroffenen Vereinbarungen hinfällig.

Zentralrat gegen Landtag.

Bayerische Räterepublik.

München, 4. April. Der Zentralrat teilt mit: Laut Zeitungsnachrichten sollte am Dienstag, dem 8. April, der Landtag zusammentreten. Der Zentralrat hat sofort energische Schritte unternommen, daß die Einberufung des Landtages rückgängig gemacht wurde. Der Zusammentritt unterbleibt deshalb.

Generalstreik in Augsburg.

Für die Räterepublik.

Augsburg, 4. April. Infolge des in der gestrigen Versammlung gefassten Beschlusses traten heute die Arbeiter in den Fabriken in den Zustand. Die Straßenbahn ruht. Auch in den Zeitungsdrukereien wird nicht gearbeitet. Gegen 12 Uhr bewegte sich ein gewaltiger Demonstrationzug durch die Stadt, in welchem rote Fahnen und Tafeln mit der Aufschrift: „Gott die Räterepublik!“ getragen wurden. Die Demonstration verlief vollkommen ruhig. Im Laufe des Vormittags erschien eine öffentliche Bekanntmachung von der revolutionären Arbeiterpartei und dem A. und S. Rat Augsburg, in der mitgeteilt wird, daß die gestrige Versammlung sich mit der russischen und der ungarischen Sowjetrepublik und mit dem gleichgesinnten Proletariat solidarisch erklärt und den im Generalstreik befindlichen württembergischen Genossen ihre Sympathie ausdrückt.

Ueber diese Versammlungen wird noch folgendes berichtet: In einer vom hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat einberufenen öffentlichen Versammlung wurde beschlossen, an den Münchener Zentralrat die Forderung zu stellen, die Räterepublik für Bayern auszurufen und den Anschluß an die ungarische und russische Räterepublik zu vollziehen. Weiter wurde beschlossen, in Augsburg einen einseitigen Streik durchzuführen.

Spartakistische Schühengräben.

Festiger Kampf bei Stuttgart.

Stuttgart, 4. April. Amlich, 6 Uhr 45 abends. Am 3. April abends Kampf gegen etwa 400 Spartakisten, die sich auf der Höhe zwischen Gaisburg und Wangen festgesetzt, dort Schühengräben ausgehoben und 8-10 Maschinengewehre aufgestellt hatten; ihre Stützpunkte an den Hängen wurden mit Artillerie Feuer belegt. Auf der Ulmer Straße Gaisburg-Wangen lag starkes Feuer der Spartakisten, bei dem ein Kind getötet und ein zweites Kind sowie ein Vossler der Sicherheitskompanie schwer verwundet wurden. Ein Waffenslager in Waldheim bei Wangen, in dem auch Maschinengewehre waren, wurde ausgehoben. 7 Uhr 30 abends fielen Schüsse aus den Häusern beim Wilhelmshaus gegen die dort aufgestellten Sicherheitskompanieposten. Bei dem sich hieraus entwickelnden Gemetzel wurden zwei Einwohner, die sich trotz wiederholter Warnungen auf der Straße unterhalten hatten, tödlich getroffen.

Nach und zugegangenen Mitteilungen wird im Lande außer in Stuttgart, Böblingen, Ehlingen und Würtlingen überall gearbeitet. Versuche der Spartakisten, in Ulm einen Generalstreik zu inszenieren, scheiterten.

Bis jetzt sind 16 Tote, darunter 9 Angehörige der Regierungstruppen gemeldet. Verwundet sind 41 Personen.

Das außerordentliche Kriegsgericht hat gestern seine Tätigkeit aufgenommen und in mehreren Fällen schwere Strafen ausgesprochen.

„Ich habe ... ich habe“ ... Sie bricht in Tränen aus. „Recht sprechen Sie,“ sagt nach einer Weile der Richter. „Nur ein Köpchen Milch ... in der ganz schlimmen Zeit ... nur Milch habe ich mitgenommen.“ „Nur Milch?“ fragt der Richter ein wenig erstaunt, und sagte hinzu: „Dort gab es wohl viele gute Dinge, was?“ „Ja,“ stottert die Angeklagte. „Aber ich ... ich mußte die Milch haben, ich mußte. — Es kam keine Milch herein! Und ich ... ich hatte kein Geld.“ „Ja,“ sagt der Richter, „und nahmen einfach die Milch, die anderen Leuten gehörte! Dammirmilch! Na ja! ... Aber Sie hatten kein Recht die Milch zu trinken.“ „Nicht für mich! O nein!“ „Was denn? Ich verstehe nicht.“ „Sie lesen den Kopf.“ „Das Wärmeladen da mußte haben. ... Ich hab's an der Brust. Es wurde schon so schwach. Ich hatte nichts ...“ „Sehen Sie sich!“ — sagte der Richter, und fast scheint es ihm schwer zu fallen, den strengeren Ton zu wahren. Die Begonnen, die Köchin und das Hausmädchen, bestätigen. Es sei ausgefallen, daß die Milch an manchen Tagen nicht ausreichte. „Aber da sei, sagen Sie, zuerst die Köchin, dann das Hausmädchen bei der Ernährung in Betracht geraten. Und die Ernährung sei sehr akkurat und dulde nichts Anrecht. Man habe den Angeklagten mit der Entlohnung gedroht. Und da — und weil man so etwas nicht auf sich sitzen lassen, und weil man doch gewußt habe, welche Rache am Milchtopf gemacht habe, und weil die Köchin böswillig gezeugnet habe, — nun, da habe man sie eben angeklagt.“ „Warum haben Sie gezeugnet?“ fragt der Richter die Angeklagte. Sie spricht leiser: „Weil ich mich geschämt habe ...“ „Aber nun klebst du leiser Kinderlaut, und zwei Händchen regen sich und tochen nach der Brust der Mutter. Die Frau blickt auf ihr Kind. Ihr blaues Gesicht rötet sich, sie schließt Arme, und dann plötzlich spricht sie hell und fest: „Herr Richter, ich schäme mich gar nicht. Jetzt nicht mehr! Und wenn es wieder so wäre — und mein Wärmeladen müßte vor Hunger vergehen, — die Milch — die Milch würde ich mir wieder nehmen!“ Der Richter murmelt etwas, das keiner versteht. Der Staatsanwalt beantragt die Verurteilung nach dem Buchstaben des Gesetzes. Der Richter verkündet den Freispruch „im Namen des Gesetzes“ ... des Gesetzes ewiger Menschlichkeit ...

Bildenden Künstler und Leipziger Messe.

Das Reichamt für die Kunstmesse in Leipzig hat eine wichtige neue Einrichtung getroffen: Eine Entwurfs- und Modell-Messe, welche als Vermittlungsinstitut für Künstler und Fabrikanten gedacht ist. Die Industrie strebt immer mehr danach sich zu veredeln, sie ist immer mehr gezwungen Qualitätsarbeit zu leisten und insoweit als sie es auf die Mitarbeit der Künstler und Kunstgewerbetler angewiesen. Die Künstler aber finden in den Kreisläufen aller Geschäfte, zweigle eine lobnende Tätigkeit, wenn sie die Entwürfe und Modelle herstellen, aus denen die Waren fabriziert werden. Der Rat der Stadt Leipzig hat die angegebene Messe des Leipziger Alten Rat-

hauses zur Ausstellung der Künstlerentwürfe und Modelle hergegeben. Die Beteiligung steht allen Künstlern offen. Die Künstlervereinigungen haben die Sache in die Hand genommen, z. B. der Verband deutscher Illustratoren, dessen Leipziger Mitglieder die ausüblichen Kollegen wahrscheinlich vertreten werden, der Verein Berliner Künstler, der deutsche Werkbund usw.

Die Arbeiten müssen sich an die auf der Messe vertretenen Industriellen anlehnen, also z. B. für die Keramik, die Metallindustrie und die Schmalzindustrie zu brauchen sein. Die Holzindustrie kann Entwürfe und Modelle für Schieberlen, Intarsien, Drechselarbeiten, die Spielwarenindustrie solche für Spielzeug, die Glasindustrie solche für Gebrauchs- und Biergläser und für Glasbläser gebrauchen. Sodann werden Entwürfe für Textilstoffe, Tapeten, Dinoleum und solche für Postkarten, Postungen, Bucheinbände usw. interessieren.

Die Messe findet vom 27. April bis 3. Mai statt, die Entwürfe müssen bis zum 20. April an das Reichamt für die Kunstmesse in Leipzig, oder soweit die Künstler Mitglieder von Künstlervereinigungen sind, an die Adresse der betreffenden Vereinigung, Leipzig, Altes Rathaus, geschickt werden. Öffentlich wird die Beteiligung der Künstler eine recht tolle sein. Sowohl im Interesse der Künstler, als auch im Interesse der künstlerischen Verzierung unserer Industrie.

Gerh. Widmer.

Notizen.

— Im Deutschen Opernhaus ist die Aufführung der Oper „Serkhanum“, von Franz Reumann auf Mittwoch, den 9. April angelegt.

— Rußland. Der zweite Zulus populärer Konzerte der „Eubela“ beginnt am Montag in der Singalademie. Sonate für Cello von Corentin und der Viertonkreis „An die ferne Geliebte“ von Beethoven.

— Theater. Im Lessing-Theater ist die Eröffnungsführung von Anton Wildgans' Tragödie „Die Israel“ (Tag des Hornes) auf Dienstag, 15. April, festgesetzt worden. — Im Waldschauspielhaus findet am Samstagabend 13 Uhr eine Vollerstellung von Verdis Oper „Rigoletto“ statt. Spielleitung: Erich Ochs.

— Kunstabend. Ein Suppé-Abend findet Sonntag 8 Uhr im S. Allertal Theater Löttenburg statt. Es wirken mit: Elfriede Döpp, Mary Dagen, Gustav Werner, Edwin Decker und Dr. Propold Schmidt.

— Jüngste Frauendichtungen wird Ida Orloff am 23. April im Meister-Saal zum Vortrag bringen.

— Drei Unterhausdelegierte im Kultusministerium. Neben beiden parlamentarischen Unterhausdelegierten Prof. C. Frotsch (Dem.) und Wiltbergmann (Zentrum) tritt als dritter (geschäftsführender) Prof. Karl Heinrich Becker, bisher Verordnungsamt für die Unterdeputierten.

— Universitätsnachrichten. Prof. Alfred Weber in Heidelberg hat die Berufung nach München als Nachfolger Brentanos angenommen.

— Das deutsche Stadttheater in Gosen, das mit deutschem Geld gebaut wurde, soll nur noch für polnische Aufführungen benutzt werden. Da das zweite Theater bereits polnisch ist, ist die stark und kulturell führende deutsche Minorität in Gosen in Zukunft ohne eigenes Theater.

Groß-Berlin

Zur Nachahmung empfohlen.

Der Magistrat Schöneberg hat bestimmt, daß der Pachtpreis für Kleingärten (Laubentolomien) bei bisher bis zu 75 Pfennig pro Quadratmeter um höchstens 20 Proz., also höchstens 90 Pfennig, bei mehr als 75 Pfennig bis zu 1 Mark um höchstens 10 Proz., also auf höchstens 1,10 Mark gesteigert werden darf. Dies ist auch der Höchstpachtpreis für Flächen, die bisher zur Kleingartenbestellung nicht verpachtet waren.

Eingebürgerten sind Entschädigungen für besondere Leistungen, wie Wasserfeld, Entschädigung für Umfriedigung und dergleichen.

Wer zu hohe Pachtpreise erbebt, hat den zu viel erhobenen Betrag in dreifacher Höhe an die Stadt zu entrichten. Diese Strafen werden der Armenkasse zugewiesen.

Die Verordnung gilt vom 1. Oktober 1918, rückwirkend bis dahin 1919.

Damit sind verschiedene Generalpächter gezwungen, den Pachtpreis um die Hälfte herabzusetzen; es wurden bereits 2 M. und mehr gezahlt. — Anderen Gemeinden empfehlen wir ein gleiches Vorgehen, möge die Regierungsverordnung vom 9. April 1918 die gesetzliche Unterlage bieten. Natürlich werden die Pachtpreise z. B. in den östlichen Orten entsprechend dem niedrigeren Bodentwert auch niedriger zu bemessen sein.

Den Gemeinden müßte aber nicht nur das Recht der Pachtpreisregulierung, sondern auch das Recht der Enteignung zugesprochen werden.

Schiebungen.

Für den Einzelhaushalt gibt es köstliche Mengen von Reis und Fett — aber in den Konditoreien und Cafés liegen sich die Lische unter der Last der Torten. Am Kaiserplatz in Wilmersdorf holen sie jeden Sonntag schüsselweise Sahne vom Konditor. Auf dem Potsdamer Platz gibt es Pfannkuchen von 80 Pf. bis 1,50 M. das Stück auf offener Straße.

In der Köpenicker Straße stehen die Frauen vergeblich um Fische stundenlang — daneben werden zwei Schellfische in ein Haus getragen.

Der Kaffee wurde f. B. beschlagnahmt, um mit Erfolg gemischt zum Verkauf zu kommen. Das geschah wohl einmal, seitdem war der Kaffee auch aus dem Café spurlos verschwunden. Seit einiger Zeit kann man Kaffee in den Geschäften kaufen, das Pfund 44 M. In der Niederwallstraße hängt in einer Konditorei ein Kaffee: Treff für Eintäuser, reiner Bohnenkaffee, alles andere entsprechend.

Für die Suppe der Zentralküche des Magistrats müssen die Beamten wöchentlich je 8 Fleisch- und Kartoffelmarken abgeben. Fleisch ist niemals in der Kochsuppe, die oft so schlecht ist, daß die halbgefüllten Köpfe zurückkommen und der Inhalt als Viehfutter verwendet wird.

Im neuen Rathaus zu Schöneberg soll es letztmal einen grandiosen Abschiedsball geben.

Auf Karte oder zum Höchstpreis ist kein Rindfleisch zu haben — für 25 Pf. die Schwachtel auf offener Straße (soviel man will) Soldat und noch viel längere Warten können wie täglich aufstellen. Die Schiebungen und der Schleichhandel machen sich breit wie noch nie, wer Geld hat, der lebt in Saub und Braus, die Behörden samt der Polizei schlafen und das Volk holt der Teufel.

Was man als Wohnungsfucher erleben kann.

Die uns zugehenden Mitteilungen von Wohnungsfuchern klingen immer wieder über die Rinderstreu der Hauswirte und ihrer Verwalter, die im „Vorwärts“ bereits oft gekennzeichnet wurde. Einem Familienvater aus Berlin-Nord, der es bisher auf drei Kinder gebracht hat, wurde in der Schönhauser Vorstadt schon dieser gewiß nicht reichliche Nachwuchs zum Fluch. In einem Hause wollte die Verwalterin noch ihrer anfänglichen mit Bedenken wegen seiner Kinder begründeten Weigerung sich doch noch auf Vermietung einlassen, aber am nächsten Tage erklärte sie ihm: „Mein Mann will nicht, daß ich Leute mit Kindern nehme.“ In einem anderen Hause wurde der Wohnungsfucher von der Witwin, bei der er schon einen Konkurrenten traf, gefragt: „Haben Sie Kinder?“ Als er heimlich geantwortet: „Ja, leider drei!“, sagte sie zu dem anderen: „Dann bekommen Sie die Wohnung.“ Der Glückliche hatte offenbar keine Kinder. Auch das kann man in dieser Zeit der Wohnungsnot erleben, daß ein Verwalter sich von einem Wohnungsfucher „schmeißen“ läßt und dann zur Vermietung be-

reit ist. Dabei wird sozusagen im Reißbrotverfahren der Zuschlag dem erteilt, der am festesten schnürt. Es gibt eben immer Leute, die aus der Bedrängnis und Not des Mitmenschen ihren Nutzen zu ziehen verstehen. Reiflich suchen Wohnungsinhaber, die eine Wohnung vor Ablauf des Vertrages einem anderen Mieter überlassen, durch Forderung eines Abstandsgebotes einen Profit herbeizuführen. In anderen Zeiten mußten sie froh sein, überhaupt einen Ersatzmieter zu finden. Allen derartigen Wuchern sollte durch schleunigste Verordnung ihr schmutziges Handwerk gelegt werden, wenn das nicht schon nach den geltenden Gesetzen möglich ist.

Dringende Bitte an die Ärzte.

Das Polizeipräsidium ersucht die Ärzte, alle Erkrankungsfälle von Fleckfieber und Socken, gegebenenfalls auch von Cholera, sowie alle Verdachtsfälle dieser Krankheit sofort durch den Fernsprecher oder durch besondere Boten bekanntzugeben. Die Meldung ist zu richten in Berlin an das zuständige Polizeibezirksamt, in den Vororten an das Polizeipräsidium.

Mit dem preussischen Adler auf dem Helm müssen noch zahlreiche Soldaten herumlaufen, die sich über dieses schon von Heinrich Heine genügend gekennzeichnete Wappentier ärgern. In der Tat würde uns der — Pleitegeier besser ansehen. Wahrscheinlich gibt es noch keine neuen Helmbeschläge und die nackte Vordelhaube würde wohl noch weniger Gefallen finden. Jemand einen „Kampfhelm“, wenn es darauf ankommen sollte, hat ja der Helm nicht. Wenn aber Sicherheitssoldaten z. B. in Spandau unter Entlassungsandrohung gezwungen werden, den Helm anzusetzen, so ist das ein Unfug, auf den wir hiermit das Reichswehrministerium aufmerksam machen.

Zur Eierbelieferung. Wie wir hören, hat die Belieferung der Marke 54 der Eierkarte, welche durch Eier vom Auslande erfolgen sollte, wegen des unerwarteten Ausbleibens von Lieferungen aus dem Auslande vorläufig noch nicht beendet werden können. Wenn neue Sendungen eintreffen, soll der Rest geliefert werden.

„Daher“ Besuch kam am Freitag zum „Vorwärts“, wo er gebührendes „Aufsehen“ erregte. Ein Holländer van Albert, der die wohl „noch nicht dagewesene“ Länge von 2,80 Meter hat, wurde uns durch seinen Impresario vorgestellt. Er übertrifft den russischen Riesen Wacknow, der einst in Berlin so sehr bekannt wurde, noch um 13 Zentimeter. Der Riese van Albert ist erst 19 Jahre alt, so daß er noch weiterwachsen kann. Seine Eltern sind von normaler Größe, und auch seine fünf Geschwister zeichnen sich nicht durch ungewöhnlichen Wuchs aus. Der Vater ist Schneider und hat seinen riesenhaften Sohn gleichfalls das Schneiderhandwerk erlernen lassen, das man gewiß nicht zu den Fertigkeiten rechnen kann. Dieser Riese wird übrigens bei seinem Körpergewicht von nur 320 Pfund in diesem Punkt von manchem Zeitgenossen übertroffen, der sehr viel kleiner als er ist, aber seinen Wank sogar durch die Kriegszeit hindurchwahren verstanden hat. Daß auch Herr van Albert beim Essen nicht zu knappe Portionen wählt, wird man im Hinblick auf seinen Körperbau bezweifelnd finden. Er möchte, wie sein Impresario erzählt, für fünf Mann essen, aber dem Holländer ist bisher bei uns nur die Normalkost eines Deutschen zugebilligt worden. Da dürfte sich Schleichhändlern ein lohnendes Geschäft bieten.

In dem Frauenmord in der Wilmsstraße erfahren wir, daß der unter dem Verdacht, das schwere Verbrechen verübt zu haben, verhaftete Kraftfahrer Paul Weschder jetzt zugleich, nicht am Mittwoch, dem Tage vor der Mordtat, sondern am Donnerstag, an dem das Verbrechen verübt worden ist, in der Wohnung der Weis gewesen zu sein. Er behauptet jedoch, daß dies nicht, wie die Zeugin behauptet, gegen 7 1/2 Uhr, sondern zwischen 6 und 7 Uhr gewesen sei. Er erweitert seine Bekundung über diesen Besuch auch noch dahin, daß vor ihm auch eine Frau in die Wohnung eingetreten sei, die auch Zigaretten gekauft und in ihre Handtasche gesteckt habe. Diese Frau sei aber viel älter gewesen als die Zeugin, die mit dem verdächtigen Kraftfahrer um 7 1/2 Uhr zusammen bei der Weis gewesen sein will. Weder diese Frau noch die beiden nach der Beschreibung Weschders jüdisch aussehenden Männer, die, wie der Verhaftete noch ausfragt, während ihres Besuches auf dem Sofa gesessen hätten, haben sich bisher bei der Kriminalpolizei gemeldet. Zur Aufklärung, ob Weschder schuldig oder unschuldig ist, sind gerade ihre Aussagen von größter Wichtigkeit. Ebenso werden noch eine Reihe anderer Zeugen gesucht. So hat sich auch noch nicht der Mann gemeldet, der über eine Verletzung mit dem Namen Reinhold Winkler auf einer Visitenkarte quittiert hatte, die die Tote noch in der Westentasche trug. Sehr wichtig ist ferner die Klärung der Geldverhältnisse des verdächtigen Weschder. Er

will schon vor dem Verbrechen über reichliche Geldmittel verfügt haben und auch schon wegen Kaufs einer Autodrosche mit verschiedenen Leuten in Verhandlungen getreten sein. Auch diese wollen sich umgehend melden, da die Feststellung, woran der Anlauf gescheitert ist, von großer Wichtigkeit sein kann.

Unter dem Verdacht des verübten Raubmordes verhaftet wurde gestern von der hiesigen Kriminalpolizei auf Grund eines Haftbefehls aus Breslau ein 27 Jahre alter Schraubendreher Johann Schild aus der Elberfelder Straße. Schild wird beschuldigt, in Schönemark bei Prenzlau vor einigen Tagen einen Anschlag auf den Bauern Gschladt verübt zu haben. Er bestreitet jede Raub- oder Mordtat und behauptet, daß er dem Bauern nur in der Erregung einen Denzettel für eine übermäßige Forderung habe geben wollen.

Ueber Schäferselbstmorde hat das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung eine besondere Verfügung an die Regierungen und Provinzialkultuskollegien gerichtet. Im Falle eines Selbstmordes oder eines Selbstmordversuches eines Schülers muß der Kultusleiter sich sofort bemühen, über die Beweggründe der Tat glaubwürdige Kenntnis zu erhalten. Insbesondere ist ein etwaiger Zusammenhang mit Vorgängen der Schule oder Anlaß zu erforschen. Der Vorkeser hat schleunigst die Tatsache und die Ergebnisse der Ermittlungen an die Regierung oder das Provinzialkultuskollegium zu berichten. Abschrift dieses Berichtes ist an das Ministerium einzureichen. Möglichenfalls soll sich dabei die Regierung oder das Provinzialkultuskollegium äußern.

Beamtenelend. Nach langjährigem Studium und Kriegsdienst steht ein großer Teil der Gerichtspräsidenten an der Schwelle des vierten Jahrzehntes ihres Lebens mit der Aussicht, noch einem weiteren mehrjährigen Vorbereitungsdienst und einer weiteren schweren Staatsprüfung umsonst für das Vaterland weiter arbeiten zu dürfen. Ein Teil der Referendare hat Weib und Kind und ein anderer Teil an Nerven und Körper durch den Krieg derart gelitten, daß die Aufnahmefähigkeit erheblich vermindert ist. Die letzte Vollversammlung des Bundes deutscher Referendare und Rechtspraktikanten, Ortsgruppe Brandenburg, hat in einer Resolution für einen Referendar eine Entschädigung in Höhe der Arbeitslosenunterstützung gefordert. Offenlich wird die soziale Republik wenigstens dieser Forderung genügen.

Die Wünsche der Schutzmännerschaft. Der Plan einer Neuorganisation der Berliner Schutzmännerschaft wurde gestern in einer stark besuchten öffentlichen Versammlung der Polizeiwachmeister Groß-Berlins erörtert. Verbandsvorsitzender Schrader hat in einer Unterredung mit dem Minister des Innern keine dazugehörigen Einsprüche erhoben, daß man die Schutzmännerschaft unter Aussonderung der älteren Leute militarisieren und künftig sogar salernieren wolle, wie in einem vertraulichen Schreiben der Gardedivision Kanakademie-Schützen-Division vorgeschlagen ist. Die neue Division durch das Verlangen der Schutzmännerschaft, daß vor allem sie selber bei der Neuorganisation gehört werde, und er hat, ihm Vorschläge zu machen. In der Versammlung führte Schrader aus, allerdings habe auch die Schutzmännerschaft stets den Wunsch gehabt, daß die Polizeibeamten nach längerem Ruhestand nur noch für den Innendienst verwendet werden. Von dem oben angezeichneten Plan für die Verbandsvorsitzende eine wirtschaftliche und soziale Schädigung der Schutzmännerschaft, und er lehne unter Protest jede Verantwortung für die daraus entstehenden Folgen ab. Schrader betonte, daß die Schutzmännerschaft heute nicht mehr dieselbe sei wie vor dem 9. November. Ihre Auftraggeber seien heute andere, sie wolle nur der Befähigung dienen, und die Bevölkerung möge ihr endlich Vertrauen entgegenbringen. Mit dem Polizeipräsidenten Ernst hat der Vorstand eine Unterredung gehabt, die sich auf den Polizeiobersten Friedrich bezog. In einer Versammlung vom 20. Februar hatten die Polizeiwachmeister eine Entschädigung angenommen, die Friedrichs Abberufung forderte. Präsident Ernst habe dann erklärt, daß er sich erst mit seinen vorgelegten Stellen beraten möchte. Schrader empfahl der Versammlung, das Weitere abzuwarten. Der Präsident habe in seiner bisherigen Tätigkeit sich so gezeigt, daß an seinem Wohlwollen für die Schutzmännerschaft nicht zu zweifeln sei. Man dürfe darauf vertrauen, daß er nicht einseitig zugunsten eines Vorgelegten der Schutzmännerschaft entscheiden werde. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in der sie erklärt, daß sie in der Angelegenheit Friedrichs an ihrer Forderung festhält.

Erwerbslosenunterstützung an Studierende zur Ermöglichung der Fortsetzung des Studiums darf nicht geändert werden, sondern nur wenn sie zu jederzeitiger Lebernahme einer ihnen etwa nachgewiesenen Erwerbstätigkeit bereit sind. Sie müssen sich dabei ebenso wie

5]

Bilal.

Von Josef Sautzold.

Die Lüre öffnete sich. Zirhofer und Ekla spähten ins Dunkel.

„Local“ rief Zirhofer hinein.

„Was ist?“ fragte Profanter.

„Dem Jungwirt muß etwas zugestoßen sein. Er steht nicht mehr auf Posten. Wir haben ringsum gesucht. Es ist Mondschein. Keine Schneepuren. Er ist abgestürzt. Er muß tot sein.“

Da erhob sich aus dem Dunkel mit neuer Gewalt Peter Locas drohende Stimme:

„Und die Toten, glaubt ihr, sie sind einfach tot? Ohne Einklung? Ohne Geltung? Immer nur tot? Glaubt ihr denn wirklich, die Toten werden den Lebendigen zu Gefallen ewiglich schweigen?“

Profanter griff in die Tasche, zog ein Bündel hervor und machte Licht.

Geisterhaft hellte sich die Kaberne auf.

Profanter erblachte die Kerze zu seinen Füßen, hob sie auf, zündete sie an und stellte sie auf den Tisch.

„So“, sagte er leise. „Nehmt euch zusammen, Kinder! Es wird schon wieder eine Weile gehen. Das Schwerste liegt vielleicht doch schon hinter uns.“

Das Wort verbreitete wie die liebe Flamme einen Hauch von Seelenruhe und Härlichkeit und machte die Herzen heiterer.

„Karlinger“, befahl Profanter, „geh mit Zirhofer hinaus und schau nach, was mit Jungwirt ist.“

Karlinger und Zirhofer gingen hinaus, die anderen setzten sich schweigend um den Tisch herum.

Nur Peter Loka blieb stehen. Im Halbdunkel schien seine hagere Gestalt bis an die Decke der Kaberne zu wachsen. Ernst und feierlich beendete er seine Rede:

„Was dem Leben gefehlt hat, war der Anfang und das Ende aller Größe: der Mund. Die Stimme hat gefehlt, das innere Leben. Trommeln habt ihr gehabt, aber ihr habt sie nicht zum Gebete gerührt, sondern zum Mord. Knöcheln habt ihr gehabt zum Wachen an die Türen. Aber zu Schächer und Geschäft habt ihr geklopft, hat man euch aufgetan. Und aus den Gloden? Aus den Gloden habt ihr Kanonen ge-

modt. Da hat die Kerze fallen müssen. Es war kein Halt mehr in der Welt. Nun aber ist Bilal gekommen, der Knecht der Wahrheit, der Beseitiger der Trommeln, der Geschäftverberber, der Kanonenzerrümmerer, der Freund des Lebens, der Rächer des Todes. Er tritt auf den Turm! Die Welt wird angerufen. Und wenn die Lebenden taub bleiben und ungerührt, so werden die Toten dem Rufe folgen, der an sie ergeht. Die Toten werden alsdann die Lebenden beschämen. Die Wende aller Gezeiten vollzieht sich! Die Unendlichkeit wird bewegt von Bilals Ruf!“

Karlinger und Zirhofer kamen traurig und gedankenvoll zurück. Jungwirt war nicht mehr zu finden. Am Standort des Postens an der Brüstung des Helms hatten sie im Mondschein Spuren von Fußtritten oder Handgriffen entdeckt. Es war nicht mehr festzustellen, ob Jungwirt vom Sturm in die Tiefe geschleudert wurde oder sich selbst aus unbekannten Gründen hinabgestürzt hatte.

„Oder hat ihn Loka hinuntergestoßen?“ fragte Karlinger flüsternd den erschrockenen Profanter.

Der Tod des Postens ließ sich nicht mehr aufklären.

Eine halbe Stunde später knarrte das Feldtelefon. Profanter wollte hin.

Loka trat ihm in den Weg.

„Auf dem Turme steht nur Bilal. Sonst niemand!“ sagte er streng und hielt die Kuschel an Ohr und Mund.

Die anderen sahen einander an. Was wird geschehen? Der Bataillonskommandant hatte die Feldwache angerufen, um wie allabendlich die Meldung abzufragen. Wie wird Loka in seinem Zustand die Meldung erteilen? Wird der Kommandant die Zusammenhänge verstehen?

„Rein!“ telephonierte inzwischen Peter Loka. „Bilal — hier Bilal! — Bilal, ich spreche doch deutlich. — BI-LAL, wie Bruder, Flom, Leid, Allmacht, Liebe. — Den Namen mußt du dir merken, Bruder, eben merken. — Die Kerze hat ihn erlöset. — Die Kerze. — Keiner von allen lebt. Aber ich werde alle lebendig machen. Jambuhl, Bilal macht alle lebendig. — Freund, auch du wirst Bilal bald kennen lernen. — Bis dahin den Tod zum Grusel! Ende! Respekt!“

Der Bataillonskommandant trat bleich in die Offiziersmesse. Die Herren saßen zu Tisch und rauchten nach dem Nachtmahl. Aus dem verbotenen Grammophon krieschten die Klänge eines Gassenhauers.

Der Bataillonskommandant stellte den Apparat ab. „Reine Herren“, sagte er. „Im Nachbarabschnitt ist eine furchtbare Lawine niedergegangen. Sie wird Hunderte von Opfern gekostet haben. Und was auf der Cima-Feldwache vorgeht, kann ich im Augenblick nicht feststellen. Jedemfalls muß der Wachkommandant von plötzlichem Irrsinn befallen sein. Ich erkenne keine Stimme, er gibt aber einen fremden Namen an und meldet die ganze Feldwache tot...“

Mitten in der Nacht hatte sich Peter Loka hinausgeschlichen. Er ging zu Schleich, der auf Posten stand, und fragte nach Jungwirt.

Der alte Schleich zuckte mit dem Adheln.

„Ich weiß es nicht, wo er ist, aber ich glaube, bei den Toten.“

„Dann steht er in meinem Schutz. Zu einem General der Toten will ich ihn machen.“

Schleich war der letzte, mit dem Peter Loka auf der Cima della croce sprach.

Er schritt den Schneegebirge zurück, bog um die Ecke und als er sich umbeobachtet wußte, schlang er sich auf die verhasste Hochfläche und stapfte über die Scharte ins Tal.

Er wollte den General der Toten noch heute sprechen. Der Schnee war hart gefroren und trug ihn gut. Der Boden knirschte unter seinen Tritten. Frischer Wind umwehte seine Stirn. Die Sterne funkelten und winkten ihm zu: „Geh nur, Bilal, geh nur! In dieser Nacht beginnt deine Sendung!“

Dort an den Hängen! War es Wirklichkeit oder Sinnen-trug? Lobten nicht Fadeln auf? Eins, zwei, zehn, hunderte? Und kleine schwarze Männchen huschten über das Schneefeld, hierhin, dorthin. Stimmen flangen verworren an sein Ohr. Loka strich mit der Hand übers Auge. Er irrte sich wohl. Menschen an den Hängen der Costasanta? Im Angesichte des Feindes? Ohne beschossen zu werden? Es war nicht möglich.

Aber die Männchen tanzten über den Schnee, er hörte ihr Sprechen und Rufen immer deutlicher, immer näher. Immer stärker flammte ihm der Schein der vielen lodernen Fadeln entgegen.

Die Toten sind es! durchfuhr es ihn. Sie warten auf mich. Nicht in mir allein mag sich die Wenderung vollziehen haben. Jungwirt ist mir vielleicht vorgegangen. Ich muß mich beeilen.

(Fortf. folgt.)

andere Erwerbslose der vorgeschriebenen Kontrolle bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen unterwerfen.

Nr. 7 des „Wahren Jacob“ ist erschienen.

Die Neuwahlen zum Teutower Kreisrat finden in allen Wahlbezirken des Kreises Teutowa am Sonntag, den 4. April, statt. 73 Kreisratsabgeordnete sind zu wählen. Hierunter entfallen auf den Wahlverband der Städte und der Landgemeinden mit mehr als 6000 Einwohnern 36 und auf den Wahlverband der Landgemeinden und Gutsbezirke 17 Abgeordnete. In den Städten und großen Landgemeinden wählen die Gemeindevertretungen, in den ländlichen Wahlbezirken wählt die Einwohnerschaft unmittelbar.

Arbeiter - Wobfahrer - Bund „Solidarität“, Ortsgruppe Berlin, II. Abt. Morgen Sonntag 1. Prelltour vormittags 8 Uhr bis mittags 1 Uhr nach Hagenholz, Restaurant Sportplatz. Nächste Sitzung Karfreitag, abends 7 Uhr, Fontanepromenade 18. Gäste stets willkommen.

Die Staatsbürgerliche Vereinigung für gemeinnützige Wohnungsbauten ist im Bürgerhausgesetz vom 10. April 1918 vorgelesen. Die Durchführung ist Sache der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse. Staatsbürgerliche ist ausgedrückt, wenn die Wohnungen ausschließlich für die Angehörigen und Arbeiter eines Unternehmens errichtet werden oder wenn das Mietverhältnis von der Verbehalten eines Arbeitsverhältnisses abhängig gemacht wird. Im Interesse der Selbstverwaltung der gemeinnützigen Bauvereinigungen wird beabsichtigt, die Ausübung der Überwachungsrechte der Verbände, die provinzialen Wohnungsfürsorgegesellschaften oder dem Reichsausschuss zu übertragen. In vollem Umfange soll von diesen Rechten die Preussische nur dann Gebrauch machen, wenn das Wohl des Staates dies erfordert.

Ein Haus der Jugend

Kolbist zu bauen, beantragte in der letzten Stadtkonferenzversammlung in Wilmerdorf Genosse Lademann (Soz.). Dieses Haus, das man auch zum Volkshaus gestalten könne, müsse enthalten Säle für Lesarten und Spiele, eine wissenschaftliche Bibliothek, Räume für Ausstellungen, für Vorträge usw. Die rechtlich bestehenden Parteien boten dem Antrag ihr Willkommen und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß, nachdem die Stadt durch den Krieg arm geworden, diejenigen Bürger, die während des Krieges sich ein Vermögen erworben, die Mittel für dieses Haus der Jugend bereitstellen.

Die Demokraten und Unabhängigen stimmten dem Antrage zu, und der Magistrat lehnte ihn nicht ab. Lademann machte zum Schluß die auch für manche andere Groß-Berliner Gemeinde zutreffende Bemerkung, daß höher lehnende soziale Einrichtungen getroffen wurden, nur um die Gemeindesteuern niedrig halten zu können. Die bürgerlichen Parteien, die bisher die Gemeinden beherrschten, haben nun kein Recht, sich jetzt über die Häufung von Ausgaben für soziale Zwecke zu belangen.

Wilmerdorf. Eine außerordentliche Stadtkonferenz am Freitag wegen allzu großen Arbeitsstoffes. Vollständiger Abbau der Vorstufe bzw. sofortigen Befehl der ersten Vorstufenklasse und der untersten Stufe an den Angehörigen beide sozialdemokratische Fraktionen. Die Demokraten und ein Teil der Rechten sind ebenfalls dafür. Sie halten die Reform aber erst im Herbst für möglich, da das neue Schuljahr bereits begonnen habe. Die Sache wurde einer besonderen Kommission überwiesen, ebenfalls der Antrag der Demokraten und unferter Fraktion auf Ausbau der Ferienkolonien und Errichtung von Ferienheimen und Schüler-Wanderherbergen auf dem Land. — Der von Dr. Rosenthal (Soz.) begründete Antrag auf Einstellung von hauptamtlichen Schulärzten und Schulkrankenschwestern fand allgemein gute Aufnahme, ebenfalls der von Hebonoff (Soz.) gestellte Antrag auf Kommissionsberatung über die für die Kommunalisierung reifen Großbetriebe. — Ein Antrag Kräulein auf Ausbau auf Einstellung von Wohnungspflegerinnen fand einstimmige Annahme, ebenfalls der Antrag Busch auf Aufhebung der Residenzpflicht jüdischer Beamter.

Friedrichshöhe. Da blieb die Milch? Wegen unserer Mitteilung (in Nr. 154), daß seit mehreren Wochen für verschiedene Klassen Milchmangel die Volksmilch aus dem Kreise Krossen ausgeblieben war, hat die Zentralstelle der Arbeiter- und Soldatenräte der Provinz Brandenburg sich an den Vollzugsausschuss der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte des Kreises Krossen gewandt. Dieser hat seinerseits einen Bericht des für die Milchbewirtschaftung des Kreises zuständigen Beamten der Kreisverwaltung beigelegt, der das Ausbleiben der Milch so erklärt, wie wir es uns dachten. Darin heißt es:

„Die Frage der Milchlieferung hat sich hier außerordentlich schwierig gestaltet. Die Stimmung unter den Käufern ist aus

verschiedenen Gründen sehr gereizt, daß mit dem Abgang nach allgemeiner Ansicht nicht mehr zu erreichen ist, zumal geeignete Zwangsmittel auch nicht zur Verfügung stehen. Es soll deshalb der Versuch gemacht werden, allmählich im guten auf eine bessere Ablieferung hinzuwirken, die auch zu erhoffen ist, nachdem eine, wenn auch nur geringe Erhöhung der Preise erfolgt ist, und man auf anderen Gebieten der Ernährungswirtschaft einen Abbau der Zwangswirtschaft in Aussicht gestellt hat, wie er bei den Eiern auch bereits eingetreten ist.“

Das bedeutet: die Milchbauern haben gestreikt, und nur im Hinblick auf den Profit, der ihnen aus der Freigabe anderer Lebensmittel winkt, wollen sie wieder mehr Milch liefern. Soll es wirklich nicht möglich gewesen sein, sie zur Erfüllung ihrer Pflicht zu zwingen?

Niederhöfenhausen. Die letzte Gemeindevorstandssitzung nahm Stellung zur Bildung einer Einwohnerwehr. Die beiden sozialdemokratischen sowie die demokratische Fraktion sprachen sich gegen die Bildung einer Einwohnerwehr aus, da dadurch nur Unstimmigkeiten in der Bevölkerung hervorgerufen würden. Die Abstimmung ergab die Ablehnung der Vorlage. In der Eingemeindungsfrage stellt sich die Vertretung auf den Standpunkt, daß nur eine reifliche Beschmelzung mit Berlin die erwünschteste Vorstelle bringen könne. Der Übernahmehaus des Friedhofes Kindergartens in Gemeinderogge wurde zugestimmt. Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen hatten erneut den Antrag gestellt, Abbau der Vorstufen zum 1. April 1919. In der letzten Sitzung wurde der Antrag abgelehnt, da die Frist bis zum 1. April zu kurz sei, inzwischen stellte sich heraus, daß die Einschulung erst am 24. April beginnen sollte. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, zum 1. April d. J. zunächst mit der untersten Klasse den Abbau zu beginnen. Ein weiterer Antrag der sozialdemokratischen Vertreter: Rücktritt der beiden unbesoldeten Schöffen, zeitig eine längere Aussprache. Beide Schöffen konnten sich nicht dazu bequemen. Herr Schöffe Threemann wollte nur zurücktreten, wenn er als besoldeter Schöffe angestellt werde. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wurde die Abstimmung bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt. Unter Mitwirkung der hiesigen Genossen Tich eingehend die Verhältnisse in der Lebensmittelversorgung des Ortes gegenüber anderen Gemeinden. Der Vorschlag, an das Landratsamt, Verteilungshilfe und Ernährungsminister einen energischen Protest in Gemeinschaft mit anderen Orten des Kreises abzugeben, wurde einstimmig angenommen.

Die Gemeindevertretung Johannisthal hat in ihrer gestrigen Sitzung unter dem Vorsitz des Gemeindevorstandes Busch eine Aufbesserung der Beamten- und Angestelltengehälter beschlossen, die noch über den Rahmen der von anderen Groß-Berliner Gemeinden geforderten Beschlüsse hinausgeht. Es wurde nicht nur allen Beamten und Schwestern, sondern auch allen Privatangestellten der Gemeinde eine Erhöhung des Grundgehalts um 1500 M. (statt 1200 M.) bewilligt und ferner beschlossen, den Beamten und Schwestern das Wohnungsgeld nicht nach Tarifklasse B, zu der die Gemeinde gehört, sondern nach Klasse A zu zahlen. Die Gemeindevertretung beschloß weiter, den 1. Mai als Feiertag zu begeben und an diesem Tage alle Bureau und Schulen zu schließen. — Die Fraktion der Unabhängigen brachte einen Dringlichkeitsantrag ein, wonach die unbesoldeten Schöffen von ihren Käufern zurücktreten sollten. Diese erklärten, sich ihre Entschädigung vorzubehalten; sie stellten sich auf den Standpunkt, wie dies auch viele Schöffen in anderen Gemeinden getan haben, daß die Regierung in ihrem letzten Erlass ausdrücklich das Verbleiben der unbesoldeten Schöffen im Amt ausgesprochen habe und daß auch schon die Gemeindevorstandssitzung nicht dem Willen der Mehrheit des Volkes entsprochen habe sondern von der Landesversammlung in der durchgeführten Form schließlich angenommen worden wäre. — Einem Nachtragvertrag mit dem Vorstufen zu dem Eingemeindungsvertrag von 1908 stimmte die Gemeindevertretung zu. Sie entbinde darin den Fiskus von der Verpflichtung, 5 Proz. Gehälter für Straßen usw. abzutreten, während der Fiskus die gegen die Veranlagung dieses Geländeteiles zur Grundsteuer erhobene Klage zurückzieht.

Spanbau. In der Stadtkonferenzversammlung fragte Rosenthal (Soz.), ob die unbesoldeten Stadträte gemäß dem Beschluß der vorigen Versammlung ihre Mandate der Versammlung zur Verfügung gestellt hätten. Als keine zufriedenstellende Antwort vom Magistrat gegeben wurde, gab er die Erklärung ab, daß, wenn die unbesoldeten Stadträte ihre Mandate nunmehr nicht bis zum nächsten Donnerstag zur Verfügung stellten, sie die Konsequenzen daraus ziehen müßten. Beschlossen wurde, daß der 1. Mai als Feiertag in den Häuflichen Betrieben begangen werde.

Groß-Berliner Lebensmittel.
Eig. 20. April Neuanmeldung zur Speisefeststellung in Groß-Berlin.
Misch. 75 heute auf die Karten A I 1 Liter, A II 1/2 Liter, B I 1/2 Liter, B II 1/2 Liter, C I 1/2 Liter und auf O II für 4 Tage eine halbe Branntwein, Belegschneide und Sonderarten werden 50% befreit.
Berlin. Bis Dienstag in den Bezirken der 92., 200., 219. und 227. Bezirkskommission 125 Gramm Käse.
Reinlebensmittel. Auf Abchnitt 1 der Lebensmittelkarte Groß-Berlin 100 Gramm Fleisch, auf Abchnitt 2 und 3 werden 100 und 150 Gramm, zusammen 250 Gramm Lebensmittel angegeben. Die Anmeldung der Lebensmittelkarten ist bis zum 7. April zu erfolgen. Die Abchnitte 1, 2 und 3 sind zusammenhängend abzutreten.
Kornmehl. 100 Gramm Getreide (1), 1 Suppenwürfel oder 50 Gramm Getreide (2), Zwieback (41), Bäckergewürze (Brotgewürze) 200 Gramm (42). Montag und Dienstag sind die Kartenabchnitte 1, 2, 41 und 42 beim Kleinhändler abzugeben.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Der Rednerkursus für Sonntag, den 6., und Mittwoch, den 9. April, fällt aus.

Teltow-Beetzow. Der Vorstand, Ausschuss und die Delegierten zur am Sonntag, den 6. April, vormittags 9 Uhr nach dem ehemaligen Hermannshaus einberufenen Bezirksversammlung treten eine halbe Stunde vor Beginn derselben, also um 8 1/2 Uhr zu einer Vorversammlung zusammen zum Zwecke der Erledigung von Wahlen für den Bezirksvorstand.

Reutshaus. Die Generäle für die Einigung der sozialdemokratischen Parteien hielt am Sonntag ihre Eröffnungsversammlung ab. Mit kurzen Worten ließ in der Eröffnungsrede der Genosse Barant auf die Notwendigkeit der Einigung beider Richtungen hin. Nicht das Verlieren von Arbeitsplätzen, nicht Selbstregungen oder die nächste Verengung von Arbeitsplätzen sprechen nur allein und in erster Linie für die Vereinigung der Sozialdemokratie, sondern vor allem die bittere politische Notwendigkeit spricht mit klarer fester Stimme dafür, daß die Einigung der Sozialdemokratie, sondern vor allem die bittere politische Notwendigkeit spricht mit klarer fester Stimme dafür, daß die Einigung der Sozialdemokratie zum gemeinsamen Kampf für die Rettung der demokratischen Errungenschaften und dem sozialistischen Kampfe der neuen deutschen Republik. Die rege Diskussion ergab volle Einmütigkeit. Die Genossen Gajpalski, S. B. D. und Reichl, U. S. B. D. sprachen mit aller Sachlichkeit insbesondere über die politische Lage. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die Versammlung der Generäle für die Einigung zwischen der S. B. D. und der U. S. B. D. stellt sich auf den Standpunkt, daß eine Einigung beider Richtungen auf dem Standpunkt, daß eine Einigung beider Parteien unbedingt stattfinden muß. Sie wünscht behäufte Einberufungen großer Versammlungen, die diese Forderung propagieren, und fordert, daß Versammlungsausschüsse für die Folge in Blättern beider Richtungen aufgenommen werden, also in „Vorwärts“ und „Freiheit“. Die Wahl des Vorstandes ergab: 1. Genosse Barant, S. B. D., Goethestr. 9; 2. Genosse Wilhelm Reichl, U. S. B. D., Köthener Damm 76; 3. Genosse Gajpalski, S. B. D., Kaiser-Friedrich-Str. 211; 4. Genosse Alfred Vorwärts, U. S. B. D., Dietrichstr. 13.

Reutshaus. Die Generäle für die Einigung der Sozialdemokratie Reutshaus hielt am Sonntag, vorm. 10 Uhr, im Fokale von Lichtstein, Bergstr. 144, ihre zweite Versammlung ab. Parteigenossen und Freunde unserer Sache sind eingeladen.

Reutshaus. Die Generäle für die Einigung der Sozialdemokratie Reutshaus hielt am Sonntag, vorm. 10 Uhr, im Fokale von Lichtstein, Bergstr. 144, ihre zweite Versammlung ab. Parteigenossen und Freunde unserer Sache sind eingeladen.

Reutshaus. Die Generäle für die Einigung der Sozialdemokratie Reutshaus hielt am Sonntag, vorm. 10 Uhr, im Fokale von Lichtstein, Bergstr. 144, ihre zweite Versammlung ab. Parteigenossen und Freunde unserer Sache sind eingeladen.

Reutshaus. Die Generäle für die Einigung der Sozialdemokratie Reutshaus hielt am Sonntag, vorm. 10 Uhr, im Fokale von Lichtstein, Bergstr. 144, ihre zweite Versammlung ab. Parteigenossen und Freunde unserer Sache sind eingeladen.

Reutshaus. Die Generäle für die Einigung der Sozialdemokratie Reutshaus hielt am Sonntag, vorm. 10 Uhr, im Fokale von Lichtstein, Bergstr. 144, ihre zweite Versammlung ab. Parteigenossen und Freunde unserer Sache sind eingeladen.

Reutshaus. Die Generäle für die Einigung der Sozialdemokratie Reutshaus hielt am Sonntag, vorm. 10 Uhr, im Fokale von Lichtstein, Bergstr. 144, ihre zweite Versammlung ab. Parteigenossen und Freunde unserer Sache sind eingeladen.

Reutshaus. Die Generäle für die Einigung der Sozialdemokratie Reutshaus hielt am Sonntag, vorm. 10 Uhr, im Fokale von Lichtstein, Bergstr. 144, ihre zweite Versammlung ab. Parteigenossen und Freunde unserer Sache sind eingeladen.

Reutshaus. Die Generäle für die Einigung der Sozialdemokratie Reutshaus hielt am Sonntag, vorm. 10 Uhr, im Fokale von Lichtstein, Bergstr. 144, ihre zweite Versammlung ab. Parteigenossen und Freunde unserer Sache sind eingeladen.

Reutshaus. Die Generäle für die Einigung der Sozialdemokratie Reutshaus hielt am Sonntag, vorm. 10 Uhr, im Fokale von Lichtstein, Bergstr. 144, ihre zweite Versammlung ab. Parteigenossen und Freunde unserer Sache sind eingeladen.

Reutshaus. Die Generäle für die Einigung der Sozialdemokratie Reutshaus hielt am Sonntag, vorm. 10 Uhr, im Fokale von Lichtstein, Bergstr. 144, ihre zweite Versammlung ab. Parteigenossen und Freunde unserer Sache sind eingeladen.

Reutshaus. Die Generäle für die Einigung der Sozialdemokratie Reutshaus hielt am Sonntag, vorm. 10 Uhr, im Fokale von Lichtstein, Bergstr. 144, ihre zweite Versammlung ab. Parteigenossen und Freunde unserer Sache sind eingeladen.

Reutshaus. Die Generäle für die Einigung der Sozialdemokratie Reutshaus hielt am Sonntag, vorm. 10 Uhr, im Fokale von Lichtstein, Bergstr. 144, ihre zweite Versammlung ab. Parteigenossen und Freunde unserer Sache sind eingeladen.

Reutshaus. Die Generäle für die Einigung der Sozialdemokratie Reutshaus hielt am Sonntag, vorm. 10 Uhr, im Fokale von Lichtstein, Bergstr. 144, ihre zweite Versammlung ab. Parteigenossen und Freunde unserer Sache sind eingeladen.

Reutshaus. Die Generäle für die Einigung der Sozialdemokratie Reutshaus hielt am Sonntag, vorm. 10 Uhr, im Fokale von Lichtstein, Bergstr. 144, ihre zweite Versammlung ab. Parteigenossen und Freunde unserer Sache sind eingeladen.

Reutshaus. Die Generäle für die Einigung der Sozialdemokratie Reutshaus hielt am Sonntag, vorm. 10 Uhr, im Fokale von Lichtstein, Bergstr. 144, ihre zweite Versammlung ab. Parteigenossen und Freunde unserer Sache sind eingeladen.

Reutshaus. Die Generäle für die Einigung der Sozialdemokratie Reutshaus hielt am Sonntag, vorm. 10 Uhr, im Fokale von Lichtstein, Bergstr. 144, ihre zweite Versammlung ab. Parteigenossen und Freunde unserer Sache sind eingeladen.

Albert Schmoock
Tel.: Norden 10 787
C. 2. Wollstraße 37 III.
Unser Mitglied Herr
Albert Schmoock
geb. 1872
St. 1919
vormittags 11 Uhr, Krematorium Berlin, 37 III.

Herzlichen Dank
Allen Teilnehmern an der Beerdigung meiner unersetzlichen, lieben Frau, unserer treuversorgenden Mutter und Schwiegermutter
Anna Kuske.
Besonderen Dank meinem Freunde Richard Busch für die trefflichen Worte, sowie meinen Gesangsbrüdern von der „Enso-graphia“ für die mir so bekannten Gesänge am Grabe.
In tiefer Trauer
Anerk. Kuste,
Gemeine Frau geb. Kuske,
Wilhelm Fried.

KREDIT AN ALLE
Möbel-Misch
Große Frankfurter Straße 45-46.
Kartonnagen aller Art
Sierverandschachteln, Luxuskarton, Lagerkarton, Reifekarton, Ansichtskarten, Ständer liefert preiswert
Papier-Industrie Plauen i. V.
Solliebach 108.
Jeder nur deutsche Karton wird angefertigt.

Kautabak
in Rollen und Stangen aus reinem Tabak.
Zigarren Zigaretten
jeden Posten an
Wiederverkäufer
abgegeben in den
Zigarren-Geschäften
(Abteilung an groß)
Friedrichstr. 243 (Halt. Tor),
Alexanderstr. 9 (balm Pol.-Pr.)

Möbel
Polsterwaren
bürg. Wohnungselricht.
zu sehr billigen Preisen
Teilzahlung gestattet!
Rollkrug
Neukölln, Berliner Str. 1.

Möbel-Barthel
O. Zorndorfer Str. 34
Liefert 9049
gegen bar
komplette bürgerliche
Wohnungs-Einrichtungen
sowie einzelne Möbelstücke,
Polsterwaren u. dergleichen
Teilzahlung gestattet.
Rente höchstbillig!
Gegr. 1870

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Begrüßung. Gr. Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Leitung der Reichsleiter
Franz Rohrmann
von der Firma Bergmann & Co.
am 1. 3. 1918 im Alter von 63 Jahren
gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Samstag, den 6. 3. 1918, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Großen-Rindfleisch-Berlin, Bergstr. 144, statt.
Die Beerdigung.

Metzner
Kinderwagen - Weltausstellung
Größe Auswahl Berlin.
Andreasstraße 23,
Andreasplatz,
Brunnenstr. 95, Donselstr. 67, Leipziger Str. 34,
Neukölln, Bergstr. 133,
Spandau, Charlottenstr. 11a.

M.-G.-Schützen, Kavalleristen, Fahrer, Pioniere, Eisenbahner, Telegraphisten, Ausbildungs-Unteroffiziere, techn. Personal, ausgeh. Sanitätsmannschaften, Beschlageschmiede, Mannschaften aller Waffen braucht dringend
Landesschützenkorps
Werbestelle:
Berlin W. 50, Ansbacher Str. 11
(direkt am Wittenbergplatz).

Dr. med. V. Mentherger
bisher Univ.-Magist. Str. 106
Friedrichstr. 243 (Halt. Tor),
Alexanderstr. 9 (balm Pol.-Pr.)
Königsplatz Str. 106
Farnsprecher Karlfürst 2387.
Sprechstunden 2-7.

Zigaretten.
bekannte Marken und
Zigaretten aus reinem
Tabak, am besten
40 Stück, pro Rolle 100,-,
hat noch abzugeben
Dobos, Wolpert Str. 2
Lohn bei Reichsricht.
Kgl. Kabinett 1738. 6/19

Kabel, Litzen, Zeitungsdrähte, Motore, Glühlampen,
sowie sämtliche
Inflations-Material.
Elekt. Werkstätte d. Westens
Potsdamer Straße 24.
Rustsch 2908. 5312

Ruderverein „Vorwärts“
Nach längerer Ungewissheit richtet und wird die traurige Nachricht, daß unser lieber Sportgenosse
Alfred Bürschel
im lebenslangen Alter von 63 Jahren im Lager des Reichs gestorben ist.
Seine letzten und letzten Wünsche werden beachtet zu den besten Hoffnungen für den Verein.
Der Vorstand.

Selbständigkeit
für
Kriegsbeschädigte
mit etwas Kapital.
Wir haben
Ehren
mit und ohne Vermögenswert für
den und die besten Stellen im
unsern Beschäftigung
erleichterungen. 77c
**Vorster Wäscherei-
maschinenfabrik,**
Rumseh & Hammer,
Forest, Lantitz 1.

Landesschützenkorps
Werbestelle:
Berlin W. 50, Ansbacher Str. 11
(direkt am Wittenbergplatz).

Dr. med. V. Mentherger
bisher Univ.-Magist. Str. 106
Friedrichstr. 243 (Halt. Tor),
Alexanderstr. 9 (balm Pol.-Pr.)
Königsplatz Str. 106
Farnsprecher Karlfürst 2387.
Sprechstunden 2-7.

Fredy
Zigarettenvertrieb
Brunnenstr. 17,
Zigarren Zigaretten
Amt Norden 2344.
Kriegsanleihe
kauft gegen Barzahlung
Deutsche Metallindustrie,
Potsdamer Str. 67.

5 Zunderböde
bis 100 cm breit und dazu
notwendige 3 m im Durchmesser
Schnitzwerkzeug
Alexis Keiner G. m. b. H.
NW 7, Rindfleisch-Berlin 101

Stoffe
Damen-Kostüme
Meter 70., 80., 90., 100.,
Herren-Anzüge
Meter 30., 40., 50., 60.,
Tuchlager
Koch & Seeland
G. m. b. H.,
Görtdammstr. 10/21
Verkaufszeit v. 2-3 Uhr.

Opernhaus
Hänsel und Gretel. Ballett.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus
Nathan der Weise.
Anfang 7 Uhr.

Volksbühne
Theater am Blümlingplatz.
Direktion Friedrich Kayßer.
7 1/2 Uhr: Die Heirat.

Kleines Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Die Bische der Pandora.
Sonntag 7 1/2 Uhr: Die Bische der Pandora.

Königgrätzer Straße
Dir. C. Reinhard - R. Bernauer.
1/2 Uhr: Der Biberpelz.
Sonntag 3 Uhr: Rosmersholm.
Montag: Musik.

Komödienhaus
an der Marschallbrücke.
7 1/2 Uhr: Feldherrnhölz.
Sonntag 3 Uhr: Die Ehre.
Montag: Erdgeist.

Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Sterne,
die wieder leuchten.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: Hänsel und Gretel.

Stärker als der Tod.
7 1/2 Uhr: Die Heirat.

Trilou-Theater.
8 1/2 Uhr: Die Heirat.

Schneewittchen.
Tägl. 8 Uhr. Heute z. 201. Male.

Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Sonntag 4 Uhr: Rotkäppchen.

Residenz-Theater.
Untergrund. Klosterstraße.
Ausgang Stralauer Straße.
Kast. 3415. Täglich 7 1/2 Uhr.

Das höhere Leben
Von Hermann Sudermann.
Spielleitung: Alfred Rotter.
Hans Armstadt, Ferd. Bonn,
Egon Burg, Olga Limburg,
J. Falkenstein, Emma Debeser,
Reva Valetti, Paul Bildt.

Theater der Friedrichstadt.
8 1/2 Uhr: Die Heirat.

Medizin.
Schauspiel u. Dorel Selbstbaum
mit Maria Jospifschit.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr: Die Heirat.

Der Mager aus Surpils.
7 1/2 Uhr: Die Heirat.

Casino-Theater.
Coching. Str. 27. Tägl. 7 1/2 Uhr.
Berlins größte Entenbahn.

Bater Knoche.
Berliner Volkstheater in 3 Akten.
Sob. d. neue Spielprogramm.
Sob. 7 1/2 Uhr: Die Heirat.

Luisen-Theater.
3. Akt und 40 Räuber.
7 1/2 Uhr: Die Heirat.

APOLLO
THEATER
Friedrichstraße 216
Dir.: James Kiehl

7 1/2 April 7 1/2
Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2

Variété-Programm
3 Dardials
Universitäts
Egon
wichtige Dachspleie
4 Karlays
Schleuderbr. - Anroh.

Kura
Weltmeister
der Jonglierkunst
Georg

der faherose Mensch
Ein Seitensprung
m. Lucie Blätter.
Pancho,
einarm. Klaviervirt.
Barten, Tanzhöpl.
2 Manlager
Equibriten.

Sonntags 3 1/2 Uhr
jeder Erwachsene
1 Kind frei
Theaterk. ab 10 Uhr
ununterbr. geöffnet.

METROPO
KABARETT
ALEXANDERSTR. 23

Ingrial
Paul Stettin
Nemeler-Quart.
Senta Söhland
in ihrem Sketch
„Alles da“
und a. vorzügliche
April-Programm.

Gygyi-Konzerte.

Lesing-Theater
Direktion: Victor Barnowsky
7 1/2 Uhr: Der Blaufuchs.
Sonntag: Der Blaufuchs.
Montag: Der rote Hahn.

Deutsches Künstler-Theater.
7 Uhr: Der Schöpfer.
Sonntag: Nachbarnächte.
Montag: Der Schöpfer.

Central-Theater
Kommandantenstraße 57.
7 1/2 Uhr: Die Schönste von Allen.
Deutsches Opernhaus

7 1/2 Uhr: Die toten Augen.
Friedr.-Wilhelmst.-Th.
7 1/2 Uhr: Uraufführung:
Das Dorf ohne Glocke.

Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Salto mortale.
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.
Sob. 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.
Lustspielhaus

7 1/2 Uhr: Die spanische Fliege.
Metropol-Theater.

7 Uhr 10: Die Faschingsfee.
Sonnt. 3 Uhr: Wiener Blut.
Neues Operettenhaus
Schiffbauerd. 4a, Norden 281.

7 1/2 Uhr: Die keusche Susanne.
Palast-Theater

7 Uhr: Christus.
Schiller-Theat. Charl.
3 Uhr: Weh' dem, der lügt.

7 1/2 Uhr: Das Konzert.
Thalia-Theater

7 Uhr: Zur wilden Hummel.
Th. am Nollendorfplatz
7 1/2 Uhr: Glückchen d. Eremit u.

7 Uhr: Wo die Lerche singt.
Theater des Westens

7 1/2 Uhr: Madame Sherry.
Sob. 7 1/2 Uhr: Die Dollarprinzessin.
Wallner-Theater

7 1/2 Uhr: Gelscha.
Sob. 7 1/2 Uhr: Graf v. Luxemburg.

Busch
Tgl. 7 1/2, Sonnt. 7 1/2 u. 7 1/2

Admiralspalast.
Ballett auf dem Eis

Tanz-Revue.
Paul Krakow und
Erna Kersten,
das elegant. Foxtrot-paar.
Die Priorzessin v. Fragant.
Wer ist die Schönste?
7 1/2 Uhr, Sonnt. 4 u. 7 Uhr.
Vorzügliche Küche.

Admirals-Kino.
Opfer der Gesellschaft
Drama in 5 Akten.

Ehestifter.

Kaffee Zielka
[Equitable]
Bismarckstr. 59/60 (Ecke Leipzigerstr.)

Kanzel-Kabarett
Loni Spengel
Co Marongo
Lotte Hané

Corty & Walter
Ella Harót

Walter Steiner
Rosendiele - 50 Billards

Reichsball-Theater
Köbe. 7 1/2 u. 9 Uhr.
Sonnt. 3 Uhr.

Stettiner Sängers
Hans Progr.

Welt-Rosenrevue
Kampffied & Revolution
1000 St. St. - Leipzigerstr. 50 -
Hedra. Rosenrevue. Berlin.
Sob. 7 1/2 Uhr. Vork. 5 Uhr.

BRAUNES DIELE
ALEXANDERSTR. 55

Claire Feldern
Paul Coradini
Mary Walter
Max Pettini
mit Partnerin
Rosa Körner
Eugene Hiller
Karl Holstner.

NATIONAL-THEATER. 7 1/2
Unbeschreiblicher Erfolg!

Die Kinopuppe.
Burleske v. Leonh. Haskel. Musik v. Walter Bromme.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Prinzessine. Vork. v. 10 U. ununterbr.

Theater des Westens
Jeden Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Die Dollarprinzessin
Operette von Leo Fall.

ZAUBERFLÖTE
Kommandantenstr. 72 Inh. Karl Fiedler

Das Paradies der Ballsäle
Nach dem Brand
wieder in vollem Betrieb!
Ausstattung ochenwert.

Wie angenehmen Familien-Besuch empfehle ich
mein vollkommen renoviertes
Restaurant Schmetterlingshorst
am Sonnen See bei Röhrensd. Erleben: Röhrensd. 91.
Jeden Sonntag: BALL.
Freundlichst ladet ein Johannes Bittner.

Ernst Kleinert, dem. Feldgr. Wander-Theater
Dittreit "Michel", Blümling 60. Abends: Adulfen.
Sonntag und helleere Vorträge.

Möbel-Cohn
in Osten: Große Frankfurter Str. 58
(3 Minuten vom Alexanderplatz)
in Norden: Badstraße 47/48

Möbel
gegen bar oder Teilzahlung
Spezialität:
Bürgerliche Wohnungseinrichtungen

Schlafzimmer, Speisezimmer,
Herrenzimmer, Polsterwaren,
farbige Küchen, einzelne Möbel.
Riesen-Auswahl - Billigste Preise.
Sehr kulanter Bedingungen und größte
Rücksichtnahme.
Lieferung frei Haus.
Liefere auch nach auswärts.
Kriegsanleihe und Sparkassenbücher nehme gerne
als Anzahlung.

Räte-Zeitung

Ab 4. April dieses Jahres ist in Berlin die „Räte-Zeitung“ erschienen. Sie ist ein sozialistisches Organ, das den Rätegedanken pflegen und fördern will.

Die Zeitung will ein Sammelorgan der Räte-Diskussionen werden. Sie will unter „Räte-Mitteilungen“ regelmäßig über die wichtigen Vorkommnisse in den Räten berichten. Sie will ferner alle Gebiete des öffentlichen Lebens sozialistisch behandeln.

Die „Räte-Zeitung“ erscheint im Verlag des „Arbeiter-Rat“, Berlin SW. 68, Schützenstr. 32. Sie ist erhältlich an allen Zeitungsständen und beim Verlag. Abonnement: Vierteljährlich 4,50 M., monatlich 1,50 M., Einzelnummer 20 Pf.

1711 D

Winter-Garten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Variété-Spielplan
Rauchen gestattet!

Seide
Suche größere Posien
für Blusen- u. Kleider-
fabrik. geelgn. z. kaufen
P. Leichtfuß, NW 57, Wallenweberstr. 2. part.

Die Schuld am Weltkriege!

Von Generalleutnant Klein.

Inhalt: 1. Die Ursachen des Weltkrieges.
2. Die Kriegspolitik unserer Feinde vor dem Kriege.
3. Irreführungen über die sogenannte belgische Neutralität.

Preise: 1 Stück M. 0,60
10 " " 2,50
100 " " 25,00
1000 " " 200,-

Zu beziehen von der **Neudeutschen Verlagsgesellschaft, Berlin SW 11, Hedemannstr. 12.**

Unterhaltungs-Restaurant
Wien-Berlin
Jägerstr. 63a.
Richard Berger - Carl Braun
Erwlu Suttner - Eise Garell
Hermann Wohling - Georg Hertel
Kapelle Gustav Gottschalk
Bestgepflegte Weine - Vorzügliche Küche
Anfang 7 Uhr Eintritt frei.

Trabrennen in Mariendorf
Eröffnung Sonntag, d. 6. April, nachm. 1 1/2 Uhr.
8 Rennen: Gesamtpreise M. 50 500

Möbel-Beiser
Lothringer Str. 67
liefert auf bequemste Teilzahlung
und gegen bar
Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
zu mäßigen Preisen.
Komplett aufgestellte
Wohn-, Schlaf-, Speise- und Herrenzimmer
in großer Auswahl.
Einzelne Möbel u. farbige Küchen.
Besicht und ohne Kaufzwang erbeten.

Liga zum Schutze der
deutschen Kultur
Sonntag, den 6. April, vormittags 11 Uhr,
Volkshaus Charlottenburg, Rosinenstraße 4.
Ueber die aktuelle Tagesfrage
spricht
Hans Heinz Troost:
„Demokratisches Prinzip und
Bolschewismus“.
Freie Aussprache! Eintritt 25 Pf.

Kaufe von Montag, den 7. bis
Freitag, den 11. April,
von 10 bis 6 Uhr
alte (auch zerbrochene) **Gebisse**
im Hotel „Grüner Baum“,
W. S. Kraussstraße 56/55, Zimmer 1.
Bühle pro Zahn 0,70 bis 1,50 M. St.-Gebisse bis 4,00 M.
St.-Blattzahn bis 6,00 M.
In Gold und Platin höchste Tagespreise.
Frau Kusche.

In den nächsten Tagen erscheint:
Der Ruf nach den Räten
Von Arthur Keller
6. Heft der
Zingschriften der Frankfurter Zeitung
zur deutschen Revolution
Preis 60 Pfg.
Zu beziehen durch die Frankfurter Zeitung in
Frankfurt a. M. und durch die Buchhandlungen

Möbel-Gross
Große Frankfurter Str. 141
(3 Minuten vom Schles. Bbf.)
Invaliden-Str. 5 (Eingang Ackerstraße
(3 Min. v. Stett. Bbf.))

Kredit-Möbel
Stube u. Küche
für 500 Mark Anzahlung
u. kleinster Ratenzahlung
Große Auswahl in
Wohn- und Schlafzimmern
:: bunten Küchen ::
auch einzelner Möbel jeder Art.
Kriegsteilnehmer und Witwen erhalten
Präferenz. - Kriegsanleihe und
Sparanlagen nehme in Zahlung!
Liefere auch nach auswärts.

Sauerkraut
Vom Reich-Magazin Tempelhof liegen etwa
1000 Liter Sauerkraut, die für die Heere-
verwaltung entbehrlich sind, freibleibend zu ver-
kaufen sind. Beschaffungsbedingungen sind beim
Reich-Magazin Tempelhof zu erfahren, teleph. 1811
auch bei 1000 in den Dienststunden begünstigt
werden kann. 1811
Angebote sind bis 5. April 1919 zu richten an die
Intendantur des Gardekorps,
Verpflegungs-Abteilung.

Verordnung.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über die wirtschaftliche Demobilisierung vom 7. November 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 1292), sowie auf Grund der Verordnung des Reichsministeriums für die wirtschaftliche Demobilisierung über die Freistellung von Arbeitsstellen vom 28. März 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 355) wird gemäß dem Beschluß des Demobilisierungsausschusses vom 17. März 1919 für den Bereich des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin hiermit verordnet:

I. Entlassung Auswärtiger.

Jeder Arbeitgeber ist vorbehaltlich der Bestimmung des § 2 dieser Verordnung verpflichtet, diejenigen von ihm in Groß-Berlin beschäftigten Arbeitnehmer zu entlassen, die nicht schon am 31. Juli 1918 in Groß-Berlin ihren Wohnsitz gehabt haben. An ihrer Stelle sind Erwerbslose nach Maßgabe des § 14 dieser Verordnung einzustellen.

Arbeitnehmer der geschätzten Art werden im nachfolgenden Ausmaß freigestellt: Als Groß-Berlin werden die zum Lebensmittelverband Groß-Berlin gehörenden Gemeinden bezeichnet.

Ein Wohnsitz im Sinne des Absatzes 1 gilt schon dann als bestehend, wenn der Arbeitnehmer am 31. Juli 1918 in nicht nur vorübergehendem Aufenthalt vollständig gemeldet war.

Die Verpflichtung des § 1 besteht nicht, soweit der Auswärtige a. H. des Inkrafttretens dieser Verordnung 1. ein Entgelt bezieht, das aus jeder umgerechnet 10 000 Mark übersteigt;

- 2. Gewerkschaftsmittler oder im Handelsregister oder Unternehmensregister eingetragener Vertreter des Unternehmens ist;
- 3. als eigener Haushaltsangehöriger vom Arbeitgeber beschäftigt wird;
- 4. sich als Lehrling in einer geregelten Ausbildung zu einem Berufe befindet, sofern ein schriftlicher Lehrvertrag besteht;
- 5. als Arbeiter in einem land- oder forstwirtschaftlichen, gewerblichen oder handwerklichen Betrieb beschäftigt ist;
- 6. während der Kriegszeit in der Wehrmacht oder in der Fliegertruppe diente, wobei die Wehrmacht die Wehrmacht der Reichswehr ist;
- 7. mindestens 3 Jahre lang ununterbrochen bei demselben Arbeitgeber, seinem Rechts- oder Geschäftsvorgänger beschäftigt ist; Unterbrechung durch Krankheit kommt hierbei nicht in Betracht;
- 8. ferner nicht, wenn der Auswärtige a. H. in Groß-Berlin mindestens seit dem 1. April 1919 mit seiner Familie einen gemeinsamen Haushalt führt, es sei denn, daß er am 1. August 1918 oder später als Arbeiter in einem land- oder forstwirtschaftlichen, gewerblichen oder handwerklichen Betrieb, als Bergarbeiter oder als Seefahrer davor beschäftigt war und zur Zeit des Inkrafttretens dieser Verordnung in einem anderen Berufe als den genannten tätig ist;
- 9. am 31. Juli 1918 seinen Wohnsitz als Reichsdeutscher im Auslande oder an einem Orte hatte, wobei ihm die Rückkehr infolge Wohnortänderung feindlicher Mächte verweigert ist;
- 10. zwar nicht am 31. Juli 1918, wohl aber früher in Groß-Berlin gemeldet war, nicht mehr als einjähriger Aufenthalt zurückgelegt hat und seitdem dauernd hier wohnt. Aufenthalt infolge militärischer Dienstleistung bleibt hierbei außer Betracht;
- 11. Schwerbeschädigter Kriegsteilnehmer ist.

Auf übereinstimmenden Antrag des Arbeitgebers und der im § 2 Abs. 2 bezeichneten Vertretungen des Arbeitnehmers, an deren Stelle im Falle des § 3 Abs. 2, Satz 3 die Wehrmacht der Reichswehr tritt, kann der Demobilisierungsausschuss in Einzelfällen Ausnahmen bewilligen, wodurch die Entlassung eines unbefähigten Arbeitnehmers seiner Tätigkeit unmöglich gemacht oder unvorteilhaft erscheinen würde.

II. Verfahren bei der Entlassung.

Jeder Arbeitnehmer ist verpflichtet, dem Arbeitgeber binnen einer von diesem zu bestimmenden Frist, die nicht weniger als eine Woche und nicht mehr als 3 Wochen betragen darf, den Nachweis zu liefern, daß er am 31. Juli 1918 in Groß-Berlin Wohnsitz gehabt hat.

Beginn und Dauer der Frist nach spätestens innerhalb zweier Wochen nach Inkrafttreten dieser Verordnung vom Arbeitgeber bestimmt werden.

Diesem Arbeitnehmer, bis den Nachweis nach § 4 nicht erbracht haben, müssen binnen zwei Wochen, bis nach Ablauf der im § 4 aufgeführten Frist begangen, den Nachweis erbringen, daß auf sie eine der Ausnahmen des § 3 zutrifft. Innerhalb der gleichen Frist ist der Antrag auf Bewilligung einer Ausnahme gemäß § 3 zu stellen.

Die beigebrochenen Nachweisungen sind, soweit sie einen Angehörigen betreffen, dem Angehörigen selbst, soweit sie einen Arbeiter betreffen, dem Arbeitgeber auszuweisen. An die Stelle dieser Nachweise treten in den durch § 12 der Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenvereine und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 21. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 1456) festgelegten Fällen die dort bezeichneten Vertretungen der Angestellten und Arbeiter. Wo weder Ausschüsse noch die letztgenannten Vertretungen bestehen, sind die Nachweisungen dem nicht durch einen Ausschuss vertretenen Arbeitnehmers bekanntzugeben.

Nach Ablauf der Frist des § 5 Abs. 1 hat der Arbeitgeber zu prüfen, ob eine Ausnahme im Sinne des § 2 dieser Verordnung vorliegt. Ist dies nicht der Fall, so ist der Arbeitnehmer verpflichtet, dem Ausschuss unverzüglich zum nächsten zulässigen Termin das Dienstverhältnis schriftlich zu kündigen. Die Kündigungsfrist ist die gesetzlich vorgeschriebene, sofern nicht durch Vertrag eine kürzere Frist vereinbart ist; in beiden Fällen ist jedoch eine Kündigungsfrist von mindestens 2 Wochen in Anspruch zu nehmen.

Bei der Kündigung ist der Ausschuss über die Höhe des aus dem § 9-13 dieser Verordnung ergebenden Rechts zu belehren.

Die zur Entscheidung über einen fristgemäß gestellten Antrag auf Bewilligung einer Ausnahme nach § 3 ruht die Entlassungsverpflichtung.

Beliegt sich der Arbeitgeber, die Kündigung vorzunehmen, so kann er seinen Antrag auf Bewilligung einer Ausnahme ausstellen, sofern er bis zum 31. Juli 1919 die Ausschüsse, an deren Stelle im Falle des § 3 Abs. 2 Satz 3 die Wehrmacht der Reichswehr tritt, binnen einer Frist von einem Monat, bis nach Ablauf der in § 5 Abs. 1 bestimmten Frist beginnt, dies beantragt.

Vor der Kündigung sind der Arbeitgeber und der Ausschuss zu hören. Die Wirkung der Kündigung tritt mit der Aufstellung an den Ausschuss ein. Dem Arbeitgeber ist eine Abschrift der Kündigung zu überreichen. Die hiernach ausgesprochene Kündigung kann durch übereinstimmende Erklärung des Arbeitgebers und des Ausschusses binnen einer Woche seit Aufstellung im Wege der Beschwerde an den Demobilisierungsausschuss angefochten werden. Der Demobilisierungsausschuss entscheidet gemäß § 11 der Verordnung vom 28. März 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 355) endgültig. Die Beschwerde kann (soweit beim Demobilisierungsausschuss) auch beim Demobilisierungsausschuss eingeleitet werden.

Zu den Entscheidungen gemäß §§ 5, 7, 12, 13 und 20 ist der Demobilisierungsausschuss des Gemeinbezirks zuständig, von dem aus der Betrieb unmittelbar geleitet wird (Gemeinde des Betriebsortes). Die hiernach zulässigen Ausnahmen können ihre Befugnisse auf den Demobilisierungsausschuss Groß-Berlin übertragen. Für die Stadt Berlin ist der Demobilisierungsausschuss Groß-Berlin zuständig. Die Entscheidung erfolgt durch besondere mit Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern besetzte Unterausschüsse, deren Zusammensetzung und Geschäftsbereich der Verordnung über Tarifverträge usw. vom 21. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 1456) und an § 18 der Verordnung vom 28. März 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 355) geregelt. Die hiernach festgesetzten Gebühren stehen der Gemeindekasse des Betriebsortes zu.

III. Ansprüche des Arbeitnehmers.

Arbeitnehmer, die in den ersten 7 Tagen nach ihrer auf Grund dieser Verordnung erfolgten Entlassung nach ihrem Heimatort fahren, bekommen, sofern sie auf Erwerb angewiesen sind, für ihre Person und gegebenenfalls für ihre Familie freie Beförderung bei Vorlage des polizeilichen Abmeldebogens und einer Bescheinigung des Arbeitgebers über den Zeitpunkt und den Reisegrund der erfolgten Entlassung.

Im Falle des § 9 kann der Auswärtige auf Mitteln der Erwerbslosenfürsorge eine Hilfeleistung bis zur Höhe der Beträge erhalten, den er bekommen würde, wenn er zwei Wochen lang wüsste erwerbslos zu sein. Im Falle des § 9 kann der Auswärtige ferner auf Mitteln der Erwerbslosenfürsorge eine Hilfeleistung bis zur Höhe des Umanzes in seinen Heimatort erhalten. Die Hilfeleistung kann bis zur Höhe der nachweislich für den Wohnort aufzunehmenden Kosten geleistet werden und wird von der Gemeinde des Betriebsortes direkt an die Eisenbahnbetriebsverwaltung geleistet.

Die Beihilfen des § 10 werden nur an Auswärtige gewährt, die zur Zeit ihrer Entlassung in Groß-Berlin ihren Wohnsitz gehabt haben und auf Erwerb angewiesen sind.

Auswärtige, die den Antrag auf Bewilligung dieser Beihilfen stellen, haben den Erwerbslosenfürsorgeauschuss und gegebenenfalls durch Abgabe einer Bescheinigung an die Eisenbahnbetriebsverwaltung zu machen, daß sie verfügbare Hilfsmittel, insbesondere Sparguthaben, nicht in ausreichendem Maße besitzen.

Für die Bewilligung der Beihilfen ist die Gemeinde zuständig, in der der Auswärtige seinen Wohnsitz hat.

Wird dem Auswärtigen auf Grund dieser Verordnung gekündigt, so ist er berechtigt, innerhalb von 7 Tagen nach Empfang der Kündigung unter Vorlage dieser Kündigung den Mietvertrag über die von ihm in Groß-Berlin gemieteten Wohnräume zu dem ersten zulässigen Termin mit gesetzlicher Kündigungsfrist zu kündigen.

Ist nach dem Mietvertrag die Kündigung zu einem früheren Zeitpunkt zulässig, so besteht es damit kein Bedenken.

Auswärtigen, die nach Bewilligung ihrer Dienstverhältnisse Groß-Berlin nicht verlassen, darf Erwerbslosenunterstützung nur auf die Dauer von insgesamt 2 Wochen gewährt werden.

IV. Einstellung von Groß-Berliner Arbeitnehmern.

Der Arbeitgeber, der Auswärtige auf Grund dieser Verordnung entläßt, hat einen Groß-Berliner Arbeitnehmersatz zu stellen und für die Einstellung solcher Arbeitnehmer während der Kündigungsfrist nach Maßgabe des § 14 des Statuts der Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin die Kontrolle der Erwerbslosen übertragen. Die hiernach in Betracht kommenden Arbeitnehmern sind bei der Zentral-Ausschussstelle der Groß-Berliner Arbeitnehmerversammlung in Berlin G. 2. in der Straßburger Straße 7, zu erfassen. Die Angabe des letzteren der Arbeitnehmern ist zu enthalten, an denen der Ausschuss anzufragen ist.

Im der Arbeitnehmern in der Höhe, zu den gleichen Arbeitsbedingungen Erwerbslose, die bereits am 31. Juli 1918 in Groß-Berlin ihren Wohnsitz gehabt haben, zu vermitteln, so ist der Arbeitgeber verpflichtet, mit diesen Erwerbslosen die durch das Ausschreiben der Arbeitnehmern frei werdenden Stellen zu besetzen, soweit nicht zwingende Gegebenheiten in der Person des Antragenden bestehen.

Der Arbeitgeber ist für eine Arbeitsstelle angebotene Erwerbslose abzugeben oder bei der, falls ihm mehr Personen gleichzeitig angeboten sind, auf einen Bewerber zu wählen, für die Arbeitsstelle in Betracht kommenden Erwerbslosen abzugeben, so entscheidet auf Antrag des Arbeitnehmers oder des Arbeitgebers der Ausschuss Groß-Berliner Arbeitnehmerversammlung über die Reihenfolge der dem Arbeitgeber angebotenen Erwerbslosen.

Wird die Wehrmacht die Durchführung der Einstellung im Falle des § 14 Abs. 2 infolge der besonderen Verhältnisse seines Betriebes ganz oder zum Teil unmöglich, so kann er unter Angabe der Umstände des § 14 Abs. 2 beim Demobilisierungsausschuss die Befreiung von der Einstellungsverpflichtung beantragen.

Der Arbeitnehmersatz soll in der Regel die nach § 14 unterzubringenden Arbeitslosen in der Reihenfolge nach dem dem Ausschuss vorgelegten Anmeldebogen und endlich sonstige Erwerbslose nach Maßgabe der Dauer ihrer Erwerbslosigkeit dem Arbeitgeber benannt werden.

Der Arbeitgeber, der einen Auswärtigen auf Grund dieser Verordnung entlassen hat, darf diesen vor dem 1. Oktober 1919 nicht von neuem einstellen, es sei denn,

daß der Demobilisierungsausschuss die WiederEinstellung gestattet.

Im Falle des § 14 Abs. 2 und des § 15 Abs. 2 Satz 1 und 2 kann der Arbeitgeber von dem Demobilisierungsausschuss für jeden einzelnen Fall schiedsrichterliche Zuständigkeit mit einer Waise bis zu 3000 M. bezeugt werden. Die Waise wird wie Gemeindefürsorge betrieben und steht der Gemeindefürsorge des Betriebsortes zu.

Beginn der Befristung der Waise steht dem Arbeitgeber binnen einer Woche nach Zustellung der Bescheidurbe an den Demobilisierungsausschuss zu, der gemäß der Verordnung vom 28. März 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 355) endgültig entscheidet.

Die Vorschriften des § 7 Abs. 2 Satz 1 findet Anwendung. 2. Strafbestimmungen.

Den Arbeitgebern ist es verboten, den Ordnungsvorschriften des § 4 Absatz 2, des § 5 Absatz 2, des § 6 Absatz 2 oder des § 14 Absatz 1 dieser Verordnung zuwider zu handeln.

Dem Arbeitgeber ist es ferner verboten, der Verpflichtung des § 6 Absatz 1 Satz 2 oder des § 15 Absatz 1 zuwider zu handeln.

Auswärtigen, die auf Grund dieser Verordnung zu entlassen sind, ist es verboten, dem Arbeitgeber oder Mitgliedern von Ausschüssen oder Arbeitervereinigungen persönliche oder Vermögensverhältnisse zu beschreiben oder zu erörtern, um zu verhindern, daß sie auf Grund dieser Verordnung entlassen werden. Ein Verstoß gegen diese Bestimmung ist ein Verstoß gegen die öffentliche Ordnung und ist strafbar. Die Strafbestimmungen sind in der öffentlichen Ordnung zu veröffentlichen. Mitglieder von Ausschüssen oder Arbeitervereinigungen ist es verboten, für die Nichtentlassung Auswärtiger ihres Betriebes zu wirken, sofern sie durch Bestelle der in Absatz 1 genannten Art hierzu bestimmt sind.

Verstöße gegen diese Bestimmungen sind mit Geldstrafe bis zu 200 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Der Arbeitgeber darf die Pflichten, die ihm diese Verordnung auferlegt, Betriebsleitern, Aufsichtspersonen oder anderen Angehörigen seines Betriebes übertragen.

Ein Verstoß gegen diese Bestimmungen der §§ 21 und 22 dieser Verordnung ist strafbar, so ist die Strafe über die Strafe. Neben ihnen ist der Arbeitgeber strafbar, wenn:

- 1. die Zuständigkeiten mit seinem Wissen geschehen ist;
- 2. er der Aufsicht und Beaufsichtigung der Betriebsleiter nicht die im Betriebe erforderliche Sorgfalt beobachtet hat.

Im Falle des § 23 der Reichsberufungsordnung genannten Abberufungen oder Vermögensverlusten Arbeitgebers, so findet die genannte Bestimmung der Reichsberufungsordnung Anwendung.

Die Strafverfolgung tritt in jedem Falle nur auf Antrag des Betroffenen des Demobilisierungsausschusses Groß-Berlin oder des von diesem bestimmten Vertreters ein.

VI. Schlussbestimmungen.

Auf Beschwerden des öffentlichen Rechts findet diese Verordnung mit der Maßgabe, daß die Durchführung der Einstellungsverpflichtung den zuständigen Dienstverwaltungsbehörden obliegt.

Die Veröffentlichung dieser Verordnung erfolgt im Berliner Gemeinblatt. Die Bekanntmachung soll außerdem durch Aufnahme in Tageszeitungen und durch Anschlag erfolgen.

Die Verordnung tritt am 10. April d. J. in Kraft. Berlin, den 2. April 1919. Demobilisierungsausschuss Groß-Berlin. Der Vorsitzende: G. Ermsch.

Gefangenenlagergeld

wirksam am 1. Juni 1919 seine Gültigkeit und wird von diesem Tage an nicht mehr eingezogen.

Wer noch Gefangenenlagergeld besitzt, sende es deshalb sofort an das Gefangenenlager, von welchem es ausgegeben worden ist.

Inspektion der Gefangenenlager des Gardekorps

Berlin NW 7, Reuzsiedl. Kirchstr. 16. 17120

Max Prenzlauer

Berlin N, Reinickendorfer Str. 117

ist für Möbel anerkannt im Norden die Haupt-Bezugsquelle

Spezialität: Besseres Mittelgenre für kleinere Wohnungen

Auf Wunsch Ratenzahlung

Versteigerung von Kraftwagen!

Am 14. April 1919

und eventuell an den folgenden Tagen findet bei dem Reichsverwaltungsamt, Verkaufsstelle für Kraftwagen, Berlin-Tempelhof, Wettiner Straße, 9 Uhr vormittags beginnend, eine öffentliche Versteigerung von 105 Kraftwagen statt.

Zur Versteigerung gelangen:

- ca. 34 Last- und Pflanzwagen, darunter 3 elektrische Kraftwagen,
- ca. 101 Personenkraftwagen und Fahrgestelle,
- ca. 10 Anhänger,
- ca. 17 Krankenwagen,
- ca. 3 Omnibusse und Taxicabys.

Berechnung der Versteigerungsobjekte nach Einzelheiten über die Versteigerung ist vom 4. April ab in der Filiale Berlin-Tempelhof kostenlos zu erhalten.

Vorstellung können die Objekte am 10. und 11. April von vormittags 9 bis nachmittags 3 Uhr und am 12. April von vormittags 9 bis nachmittags 2 Uhr gegen Hinterlegung einer Bietkaution von RM. 500,- pro Person in der Filiale werden. Ohne Hinterlegung der Bietkaution kann das Versteigern der Filiale am 10., 11. und 12. April, sowie während der Versteigerungstage nicht betreten werden. Die Bietkautionssätze der verzeigten Versteigerung ist nicht gültig, dieselbe muß neu gestellt werden.

Der Verkehr irgendwelcher Geschäfte oder das Versteigern irgendwelcher Gegenstände auf dem Versteigerungsgelände ist nicht gestattet.

Berlin, den 1. April 1919.

Reichsverwaltungsamt
Verkaufsstelle für Kraftwagen („Raubf“).

GESUNDHEITS PFLEGE

KREM TERAS zarter Teint über Nacht
Große Tube 2.75, kleine Tube 1.75 M.
MUNDWASSER SINOPLIT einige Tropfen genügen
Flasche 3.00 M.
MUNDWASSER-PULVER LEUKOONT z. Selbstbereiten
Schachtel 2.00 M.
MAX SCHWARZLOSE
BERLIN

Schreibmaschinen

sofort verhandelt wie Adler, Deol, Continental, Remington, Smith-Primer, Underwood, Torpedo, Aronia, Rhein-Reisemaschinen für alle Systeme. Kopier-, Schreib-, Durchschlagpapier, Fortbänder, Möbel.

Schäfer & Claus, Berlin

Ceipziger Straße 19. Zentrum 9211, 9230, 9701.

The North Atlantic Canning Co. A. S.

Trondhjem, Norwegen
sucht Verbindungen für Pickering in Öl und Tomaten, Fischöl in Bonbon und Butterance.

Gedrehter Cagar für prompter Verbindung.
Telegraphische: „Atlantic“.

Achtung! Anfänger

weiche sich ein Papiergeschäft verdient, begibt sich über Wasser sehr vortheilhaft und preiswert durch die

Papier-Industrie Plauen i. V.

Schließbach 169. 17800

Kraftdroschken

148/16* mit Feldnummern sofort abzugeben. Reklamant, erfahre. Fahrer. 23Hertz durch S. C. 465 am Rudolf-Mosse, Berlin. Fernstr. 1.

Buchdruckerei - Kalkulator

mit mehrjähriger Praxis für größeres Geschäft zu sofortigem Eintritt gesucht.

Offerten unter A. B.

Geschäftsführer

für die „Schiedwig - Holsteinische Volkszeitung“ in Kiel (Auflage 45 000) gesucht. Reklamant wird auf erste Stelle, laufend gesucht und erfahren in Organisation und Leitung des modernen Zeitungsbetriebes.

Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen bis 15. April an A. B. Billiam, Kiel, Nährstr. 24.

Kernmacher oder Kernmacherin

auf Gas und Wasser sucht G. H. Speck, Pflanzstr. 2. 6/11

Zum sofortigen Eintritt werden gesucht:

- ein intelligenter Bote,
- ein mit der Materialverwaltung durchaus vertrauter Beamter,
- eine Telephonistin.

Beschäftigung vormittags 9-12 bei der 170/1

Für eine bestehende Fabrik wird ein Meister gesucht, der mit der Bearbeitung von Vorlagum, Galvanis, Messing u. a. Materialien, sowie mit dem Bau von elektrischen Apparaten genau vertraut ist u. der selbstständig arbeiten kann. Genaue Angaben über bisherige Tätigkeit, nebst Gehaltsansprüchen rth. u. J. U. 12763 an Rudolf-Mosse, Berlin SW 19.

Filialleiter

200-300 Mk. wöchentlich Verdienst. Sirebsamenherren richte Filiale ein, ohne größeres Kapital. Versand u. Selbstfabrikation. Viele Dankschreiben. Anfr. gegen Retournkarte. 8/13 Thomas M. Otzen, Flensburg 153 II.

Botenfrauen

Soll sofort ein Vormünder-Spedition

Belegstr. 21. Hof part.

Austrägerinnen

für den „Vorwärts“ werden eingestellt in Stegsh: Hans Kegel, Volksteinische Straße 7, Zriedenau: Z. Ziedelhorn, Lauterstr. 30, Geth. II.

Bozugscheinfrei: Kostüme sehr preiswert!

Prachtvolle **Modellkostüme** aus marinebl. reinwoll. Stoff. in viel. anst. Fasson. 293, 320, 375, 420.

Fesche **Kostüme** in all. Farben u. Größ. aus praktisch. schönen Stoffen, sehr gut verarbeitet. 168, 200, 210, 243.

Reizende **Backfischkostüme** 105, 188, 30.

Wollröcke 35, 45, 54, 50, 69, usw.

Eine wundervolle **Seidenmäntel** (auch als Mantelkleider zu tragen) in schwarz, marine und allen modernen Farben, viele reizende Formen. 162, 185, 198, 210, usw.

Imprägnierte Seidenmäntel von 148.— Mark an.

Fesche **Seidenkleider** 198, 213, 245, usw.

Mäntel aus Wolle v. 68 M an! Elegante **Füchse** sehr billig!

Gelegenheitskäufe! **Michaelis** Hauptstr. 80, etoc. Trepp. neben Konzerthaus. Geöffnet v. 9—4 Uhr! Bei Stoffangabe Anfertigung eleganter Kostüme!

Frühjahrs-Neuheiten

in reicher Wahl

Kostüme beste Verarbeitung auf Seide
198.— 248.— 385.—

Sportjacken in schönen Farben
55.— 87.— 126.—

Übergangs-Mäntel und **Paletots** in hübschen Formen, alle Stoffarten
125.— 198.— 265.—

Reichhaltiges Lager in **Röcken, Blusen und garnierten Kleidern** aus Seide, Wolle, Voile usw.

Kinder- und Backfisch-Konfektion in reizenden Ausführungen.

Kriegsanleihe wird in Zahlung genommen.

Oskar Wollburg,
Berlin N,
Brunnenstr. 56 u. 57.



Garnierte Kleider
äußerst feine Nacharten

Jackenkleider
neueste Formen

Uhren, Gold- u. Silber-waren, Brillanten.

Reichhaltiges Lager in allen Preislagen bei **Max Busse**

Berlin N 54, Brunnenstr. 175-177
an der Invalidenstrasse.

Größtes und fachmännisch geleitetes Spezialgeschäft.

Neu eingetroffen:

Wanduhren, Standuhren, Wecker.

Besonders vorteilhaftes **Möbel-Angebot!**

Speisezimmer		Herrenzimmer	
bestehend aus:		bestehend aus:	
1 Büfett	Eiche	1 Bibliothek	Eiche
1 Kredenz	"	1 Schreibtisch	"
1 Ausziehtisch	"	1 runder Tisch	"
6 Stühlen	"	1 Schreibstool	"
		2 Stühlen	"
zusammen M. 2850		zusammen M. 2450	

Schlafzimmer

bestehend aus:

1 Schrank mit Spiegel, Eiche
1 Waschtisch mit Spiegel und Marmor
2 Nachtschränken mit Marmor
2 Bettstellen
2 Patentböden
2 weissen Auflegematten mit Korkkissen
2 Stühlen
1 Handtuchhalter

zusammen M. 1875

Ständig große Ausstellung
von ca. 300
Herrenzimmern, Speisezimmern, Schlafzimmern, Wohnsalons, Wohnzimmern, Küchen, Dielen etc.
Leder-Möbel - Gobelin-Sofas und Sessel.
Hervorragend schöne, gediegene Ausführungen in einfacher, mittlerer und elegantester Art.
Teppiche / Kronen / Kristall / Porzellan.

Lombard-Bankgeschäft und Lagersperrerei
M. Schlewinsky & Co.
Berlin C, Dircksenstr. 31
am Bahnhof Alexanderpl., Ecke Königgraben.

Gold
Sicherheits
Füllhalter

Von 35 bis 50 Mk.
Garantiert echt 14 Kar. Gold mit Meißner Spitze
Reparaturen aller Füllhalter

Prof. Graf
Füllfeder-Industrie

Ink
Berlin W 8
Friedrichstrasse 74
Zweites Geschäft seit 1871

Wie ein Wunder
besetzt
San-Rat **Haussalbe**
Dr. Strauß
Hautausschl., Flecht., Krampfadern, bes. Reinschad., Krampfadern der Frauen u. dergl. in Originalpackung 4 25 750 erhältlich in der „Eisernen-Apotheke“
Berlin SW 14, Leipziger Straße 74 (a. Dönhofspl.)

Über die bekanntesten elastischen, dauerhaften, ohne Anbohren anzubringenden

„Elastiko“

Fahrrad-Reifen, die sich hervorragend seit Herbst 1917 bewähren, erhalten statt Luftkammer, Wiederverkäufer, Vertreter in ganz Deutschland Preisliste u. Broschüre „Das Ende des Fahrrads“ auf Vorlangen

Gratis

Die Broschüre enthält eine Zusammenstellung der nach einander erscheinenden Reifen bis zu den „Elastiko“-Reifen

Herzog-Deisel-Schiffbau
Taubenstr. 31, Berlin E

Reparaturen an Schreibmaschinen, Rechenmaschinen, schreib. Addier-Maschinen.

in eigener mechan. Werkstatt bei billigster Berechnung.
Ausschließliche Vertretung! -
Nichtweise Abgabe von Rechenmaschinen.

Cosmos

Leipziger Straße 23
neb. Komphaud-Hilberich.
Perapstr. Zentr. 180 u. 419.

Schutz für die Lebensmitteleinfuhr

Unterseebootsleute! Torpedobootsleute! Geschützführer! Matrosen-Artilleristen! Feld- und Fußartilleristen! Torpedo- und Artillerie-Mechaniker! Meger der Armee und Marine! Signal- und Telegraphisten-Personal! Zunker und Blinter! Offiziers- und Unteroffiziers-Anwärter der Armee u. Marine! Zimmerleute, Schuster u. Schneider! M.G.-Schützen und Kraftwagenfahrer!

Treudeutsche Männer!
Die Regierung braucht Euch!
Zum Schutz erwartenden Lebensmitteleinfuhr und Verteilung
zu Wasser und zu Lande!
In den Häfen und im Reich!

Jeder bringe seine Freunde mit und helfe sich ein geschlossenes Gremium zur Verfügung.

Stimmabgabe zur Ausbildung für alle bisher Ungedienten!

Regierungsbedingungen wie für alle Wehrkorps.

Meldet Euch bei der Marine-Brigade Coenenfeld des Marine-Wehrkorps General v. Lettow-Vorbeck.

Kollektiven werden bei Einstellung vergütet! Militärpapiere oder Entlassungsbescheinigungen mitbringen!

Mel.-Wk. Dedoff'schule, Werbebureau öffentl. 9-12 vorm.
v. Arnold de la Periere. Kolbe. v. Mellenthin, Steinbauer, Hartwig, v. Fischel, v. Georg, Mewis, Brunswig, Witte, Ritweter.

Mit Genehmigung des Reichswehrministers.

Elegante **Herrenkleidung**
nach Maß in tadelloser Ausführung zu mäßigen Preisen
Gutes Stofflager vorhanden

Annahme von Stoffen zum Anfertigen

Anzüge zum Wenden werden angenommen
Damen-Kostüme nach Maß

JULIUS FABIAN
Schneidermeister
Grosse Frankfurter Strasse 101 III

Die Division **Lettow**
benötigt sofort

Unteroffiziere aller Waffengattungen
Nachrichtenpersonal: Funker, Blinker u. Telephonisten
Bureaupersonal: Gediente Stenographisten und Schreibmaschinenschreiber
Handwerker: Schuster, Schneider, Beschlageschmiede, Sattler, Köche und Pferdepfleger.

Meldung in der Werbezentrale:
Charlottenburg, Am Knie-Hotel Bismarck.

v. Lettow-Vorbeck,
Generalmajor.

Aufruf!
Freiwillige vor!

Polnische Horden trachten danach, altes deutsches Kulturland dem Reiche zu entreißen. Die Bolschewisten wollen in Deutschland eindringen, um unser geliebtes Vaterland dem sicheren Ruin entgegenzuführen.

Schützt unsere Grenzen im Osten. Wir brauchen Soldaten.

Vor allem Infanteristen, auch Handwerker jeder Art gesucht.

Jeder, der sein Vaterland liebt, melde sich bei den Werbestellen des Gardekörps:

Werbestelle A. Kaserno 3. Garde-Rgt. z. F. Wrangelstr. 97/99, Stabe 47
B. Freiwilligenmoldestelle Potsdam in Eiche (Kaserno des Lehr-Inf.-Rgt.)
C. Charlottenburg, Schloßstraße, Gemeindegemeinschaft IV.

Bedingungen wie bekannt. 143/11

Militärpapiere unbedingt erforderlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis
Gründlich 2 mal wöchentlich. Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

Central-Bad Koppenstr. 33	Wilmanns Koppenstr. 33	Pichelbräu Mozart 1815/16 S. 2. und 13 u. 112
Diana-Bad Königsplatz 10	Wilhelm Göbel 25 eigene Pillen.	Weissbier C. Breithaupt Friedrichstr. 97 Tel. Exp. 2001, 2002
Passage-Bad Königsplatz 10	Göhrder Manns 43 Salzbrunnengasse	Herren- u. Kamburgard
Wander-Bad R. Hauke, Köpenicker Str. 104 A. F. Lange, Brunnenstr. 109	Schröter K. 43 Dönhofsplatz 43	J. Baer Königsplatz 28, Ecke Prinzessinnen-Allee
Wander-Bad Carl Jung, Brunnenstr. 11 Rühlmann, F. Schindt 469, F. Heist	August Holtz 18 Detail-Geschäfte	H. H. H. H. H. Königsplatz 28, Ecke Prinzessinnen-Allee
Wander-Bad Carl Jung, Brunnenstr. 11 Rühlmann, F. Schindt 469, F. Heist	Platzsch u. Würgel Otto Koenig, 11a Jacobstr. 11	Vester, E. Königsplatz 28, Ecke Prinzessinnen-Allee
Wander-Bad Carl Jung, Brunnenstr. 11 Rühlmann, F. Schindt 469, F. Heist	Wahlhandlungen	Photogr. Apparate
Wander-Bad Carl Jung, Brunnenstr. 11 Rühlmann, F. Schindt 469, F. Heist	Bräuerei Bützow empfehl. Qualitätsbiere ersten Ranges.	M. Albrecht 18 Köpenicker Str. 2
Wander-Bad Carl Jung, Brunnenstr. 11 Rühlmann, F. Schindt 469, F. Heist		W. H. H. H. H. Königsplatz 28, Ecke Prinzessinnen-Allee
Wander-Bad Carl Jung, Brunnenstr. 11 Rühlmann, F. Schindt 469, F. Heist		Hugo Selig 100 Pillen in all. Stadien
Wander-Bad Carl Jung, Brunnenstr. 11 Rühlmann, F. Schindt 469, F. Heist		Horn. Meyer & Co. 100 Pillen in all. Stadien

Freiwillige f. d. Reichswehr

welche mit guter Führung an der Front als Infanteristen, Minenwerfer, Kavalleristen, Fernsprecher, Handwerker gebildet haben, zur Ausbildung geeignete Unteroffiziere, Waffner oder Instrumentisten wagt

das III. Bataillon Füsilier-Regiment 39
in der neutralen Zone in Gommersdorf (Nob.)

Aufforderung besonders an ehemalige Angehörige des Regiments. Verpflichtung: Sicherung der Ordnung, strenge Disziplin, ruhiges Verhalten gegen die Landeseinwohner und die Rumänen. Achtung des privaten und militärischen Eigentums.

Die Freiwilligen erhalten Verpflegung, Quartier, Bekleidung, Wohnung mindestens 20 Mk. monatlich, außerdem 4 Mk. Zulage pro Tag, sowie Dienstalterszulagen, bei Kampflagen 1 Mk. Kampflage, 1 Mk. Kampfpapier sowie reichhaltige Verpflegung und Beschäftigungsmöglichkeiten. — Bewährte erhalten Beförderung bei nächster Willkürbehörde.

v. Schumann,
Major u. Bataillon-Kommandant.

Vollversammlung der Groß-Berliner Soldatenräte.

Am gestrigen Nachmittag trafen die Groß-Berliner Soldatenräte im Herrenhaus zu einer Vollversammlung zusammen. Der Vorsitzende, Wollensbuer, teilte mit, daß als Vorsitzende die militärischen Mitglieder des Vollzugsrates, Wollensbuer und Albrecht, als Schriftführer Stolt und Woywod, als Berichterstatter gewählt worden sind. Sodann erörterte Albrecht den Geschäftsbericht. Er teilte mit, daß die Kameraden Schmidt und Ehrlich ihre Kämmer im Vollzugsrat niedergelegt hätten, weil sie vor die Frage gestellt wurden, entweder ihre Posten als Soldatenräte aufzugeben, oder aus dem Vollzugsrat auszuscheiden. Ferner hätten die Kommandanten sich mit dem Vollzugsrat in Verbindung gesetzt, um drei ihrer Delegierten als koordinierte Mitglieder in den Vollzugsrat hineinzubringen. Um nun den Vollzugsrat nicht allzu umfangreich werden zu lassen, empfahl es sich, die Zahl der militärischen Mitglieder des Vollzugsrates von 8 auf 5 zu ermäßigen. Der Vollzugsrat habe sich mit dem Gouverneur von Berlin in Verbindung gesetzt, um über die von der Versammlung gewünschte Bildung eines Gouvernements-Soldatenrates zu verhandeln. Das Gouvernements habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Angehörigen der Gouvernements-Soldaten durch die militärischen Mitglieder des Vollzugsrates erledigt werden können. Die endgültige Entscheidung des Kriegsministeriums hierüber sei noch aus. Ferner machte Albrecht die Mitteilung, daß durch die Auflösung der Kommandantur auch die Kommandanturräte von ihren Posten zurückzutreten wünschten, allerdings erst dann, wenn die Unterordnung des Halbes Stauden nicht geklärt sei, um nicht in den Verdacht einer Rückstufung zu geraten. Der vorläufige Leiter der Kommandantur, Major Kaufisch, habe dem Vollzugsrat einen Bescheid abgelehnt und ihn um seine Mitarbeit in militärischen Dingen gebeten. Major Kaufisch habe dabei die Erklärung abgegeben, daß er sich voll und ganz hinter die Regierung stelle. Man beschloß, von den betreffenden 24 Abteilungen der Kommandantur nur 8 zurückzuführen. Statt der jetzt im Notfall kommenden Kommandanturräte werde man an die Bildung eines Gouvernements-Rates.

Woywod machte dann Mitteilungen über einige Abänderungen zur Geschäftsordnung.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Stellungsnahme zum Rätekongreß“ erhielt Woywod Wollensbuer das Wort.

Man habe auf dem Rätekongreß die Demobilisation und den Abbau des bisherigen Militarismus verlangt. Wir wollen nicht länger Soldaten des alten Regimes sein, wir brauchen vielmehr alle Kräfte zum Wiederaufbau der Wirtschaft. Der Militarismus würgt jedoch so tief in unserem Volk, daß er nicht mit einem Federstrich beseitigt werden kann. Es ist auch bei allen Dingen nicht möglich, alle aktiven Offiziere, Unteroffiziere und Beamten mit einem Schlag ihrer Posten zu entheben und auf die Straße zu setzen. Für diese Leute ist der Militärdienst Lebensberuf geworden. Der Nationalverband der deutschen Offiziere hat kürzlich in einem Geheimschreiben seine Forderungen für das künftige Friedensheer aufgestellt. Danach sollen alle wechselfähigen Deutschen und Deutschstehender zum Heeresdienst herangezogen werden. Die Offiziere fordern eine würdige Verzehung nach außen, ein Einheitsheer als Stütze eines geordneten Staatswesens. Das ist unsinnig. Denn wir können und wollen unsere Ordnung nicht auf Bajonetten stützen. Weiter wird verlangt, die Offiziere in einer Kammer zu vereinen als Sachverständige in militärischen Fragen, die Wiedererrichtung der Dienstwelt der Offiziere. (Zuruf: „Kosack Werk!“) Die Offiziere verlangen, daß ihre Waffe nicht durch Unterdrückung erlöset. (Zuruf: „Da haben wir es!“) Und schließlich fordern sie die wirtschaftliche Sicherstellung der Offiziere (Zuruf: „Knappschußel Konterrevolution!“) Die Volkstrait, die in diesen Dingen heftig, müssen wir irgendwie nutzbar zu machen suchen. Auch in den Unteroffizieren, die als „Kenschenkinder“ des alten Systems berufen waren, sieht wertvolle Volkstrait. Ich denke mir die Abweisung des Ozeers nur allerdings etwas anders, als man das gestern in der Hauptversammlung gemacht hat. Wir verlangen, daß man auf dem Rätekongreß eine planmäßige Abrüstung aufstellt. (Zuruf: „Wenn nicht Dummheit wäre!“) Die Kranken und Kriegsschädigten muß man versuchen arbeitsfähig zu machen. Den Unternehmern darf es nicht möglich sein, einen Kriegsschädigten anders zu entlohnen als einen Gesunden. Die Renten müssen erhöht werden. (Zuruf: „Für die Generale reichen sie ja!“) Soldaten können und dürfen nicht Polizeibeamte spielen. Rechtsbrecher müssen den Kommunen überlassen bleiben. Die Freiwilligenverbände können leicht ein Werkzeug in den Händen von Feinden werden. Wir dürfen kein Zwangsheer einrichten.

sondern müssen gesunde Menschen nur dazu ausbilden, im Notfall die Waffe führen zu können. Die Führer der neuen Armee müssen andere Qualitäten besitzen als die alten. Man kann heutzutage auf die Soldatenräte noch nicht verzichten. Die Soldatenräte allerdings, die da glauben, daß sie vor Ausführung und bei der Kontrolle jedes Befehls erst eine Versammlung einberufen müssen, haben ihren Beruf verfehlt. Die Truppen müssen Werkzeug der Regierung sein und bleiben. In Kufhand bildeten sich im Jahre 1906 zum ersten Male die Soldatenräte, verschwand aber bald wieder.

Heute hat die Sowjetregierung die Soldatenräte aus den Kommandostellen ausgeschlossen. Es herrscht bei den russischen Truppen eine strengere Disziplin als jemals. Wenn jetzt ein Soldatenrat, die wir den 9. November mitgemacht haben, von der anderen Seite und so stark entgegenarbeitet werden kann, so ist das nur möglich, weil wir über unsere Zwecke und Ziele nicht einig sind. Die Berliner Garnison hat mehrmals versagt. Ich erinnere nur an die letzten Plünderungen auf dem Alexanderplatz. Alle Parteien haben bei Beginn des Generalsstreiks erklärt, daß sie ihre Anhänger von den Straßen hinwegbringen würden. Das Gesindel aber plünderte. Da wir gegen dieses Gesindel nicht vorgegangen sind, haben wir unsere Wehrberechtigung verloren. (Zuruf: „Wer hat sich denn geweigert?“) Offen hat sich niemand geweigert, gegen die Plünderer vorzugehen, aber in den Straßen hat sich niemand gesunden, der gegen diese Elemente vorgehen wollte. Die Kommandogewalt hat nicht genügend Kräfte zur Verfügung gehabt, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Wir hätten die Freiwilligenverbände nicht brauchen dürfen. Was hier zu machen war, mußten wir selbst tun. Wollensbuer ging dann auf die wirtschaftlichen Forderungen näher ein und besagte es, daß sich im Arbeiterrat die Wirtschaftsozialisten einerseits, die Unabhängigen und Kommunisten andererseits als feindliche Brüder gegenüberstünden.

Stolt vom Vollzugsrat wies den Ruruf zurück, daß die Berliner Truppen bei den Unruhen nicht kräftig genug in Erscheinung getreten seien. Der Vollzugsrat habe die Berliner Garnison deshalb nicht herangezogen, weil ihm verdächtig wurde, daß die Republikanische Soldatenwehr zum Schutz Verfassend. Wenn die Kommandantur erklärt hätte, daß sie unfähig sei, für Ruhe zu sorgen, dann hätte man Proletariat ausgerufen, anstatt die Knappschußel herbeizurufen.

Albrecht: Als die Regierungstruppen hervorrückten, kam der Befehl von Gilsa-Roske, daß die Berliner Garnison zurückzuziehen sei. Wer auf den Straßen bleibe, sei ein Feind der Regierung. In Berlin hätte die Arbeiterwehr Ordnung herbeigeführt, wenn der Reichsmater Roske, Herr Major v. Gilsa, seine Garde angehalten hätte.

Im Anschluß hieran wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Vollversammlung der Soldatenräte Groß-Berlins erklärt ihren schärfsten Unwillen über die Entwicklung der militärischen Verhältnisse Deutschlands seit dem ersten Rätekongreß. Sie ist der Meinung, daß der wesentlichste Grund für diese Entwicklung darin zu suchen ist, daß die vom ersten Rätekongreß einstimmig beschlossenen sieben Hamburger Punkte seitens des Rates der Volksbeauftragten und des Zentralrates in vollständig verfallener Form als Erlaß über die Neuregelung der Kommandogewalt im Friedensheer vom 19. November 1918 zur Ausführung gelangt ist. Ein weiterer wesentlicher Grund ist die offene Sabotage, welche das Kriegsministerium gegenüber den von der Reichskonferenz der Soldatenräte gefassten Beschlüssen bezüglich der Reinerkommission des Reichssoldatenrates und die Werbung für die Freiwilligenformationen getrieben hat. Die Soldatenräte fordern: Aufhebung des Erlasses vom 19. 1. 19, umgehende und restliche Durchführung der sieben Hamburger Punkte, sofortige Schaffung einer aus freidemokratischer Grundlagende beruhenden revolutionären Arbeiterwehr, Verbot aller Freiwilligen-Verbessele, Inzerate und Plakate. Soweit Einstellungen notwendig sind, haben dieselben lediglich die militärischen Dienststellen, Generalkommandos usw. unter Kontrolle der zuständigen Soldatenräte haltzuführen.“

Um die obige Resolution hatte sich ein heftiger Zwist entsponnen, der schließlich in ein Scheitern zwischen dem Führer der Reichswehrsozialdemokratischen Fraktion, Arndt, und dem Vorsitzenden Albrecht ausbrach. Es herrschte zeitweise ein solcher Durcheinander, daß überhaupt niemand zu verstehen war. Schließlich einigte man sich dahin, daß eine aus je zwei Mitgliedern der beiden Fraktionen bestehende Kommission keine redaktionelle Änderungen vornehmen, worauf die Annahme der Resolution erfolgte.

Neuordnung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Vom 1. April 1919 ab dürfen im Handelsgewerbe Geschäfte, Lehrlinge und Arbeiter an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden. Diese Vorschrift findet auf Geschäftsbetriebe der Versicherungsunternehmen einschließlich der Vereine zur Versicherung auf Gegenfallsigkeit, der Versicherungsagenten und der Sportstätten entsprechende Anwendung.

Abweichend von vorstehenden Bestimmungen werden hiermit für den Landespolizeibezirk Berlin inwiderrechtlich folgende Ausnahmen von dem allgemeinen Beschäftigungsverbot zugelassen: Die Beschäftigung von Geschäften, Lehrlingen und Arbeitern ist an Sonn- und Festtagen gestattet:

a) im Expeditionsgewerbe, soweit es sich um Abfertigung und Expedition von Gütern handelt, sowie in offenen Verkaufsstellen des Handels mit Lebens- und Genussmitteln, Blumen und Zeitungen von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr vormittags;

b) in den Zeitungsexpeditionen von 4 Uhr morgens bis 9 1/2 Uhr vormittags.

Sofern die Beschäftigung länger als drei Stunden dauert, sind die betreffenden Personen entweder an jedem dritten Sonntage volle sechsunddreißig Stunden oder an jedem zweiten Sonntage von sechs Uhr morgens ab von der Arbeit freizulassen.

Soweit nach den obigen Bestimmungen Geschäfte, Lehrlinge und Arbeiter an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden dürfen, ist an diesen Tagen in offenen Verkaufsstellen ein Gewerbebetrieb überhaupt verboten. Nur den Gast- und Schankwirten im Landespolizeibezirk Berlin wird hiermit an Sonn- und Festtagen außerhalb der für den Hauptgottesdienst bestimmten Zeit der Verkauf von Wein und Bier vom Hof unbeschränkt, d. h. nicht nur an Ort und Stelle, sondern auch über die Straße bis zum Eintritt der Polizeistunde gestattet.

Diese Verordnung tritt am 6. April 1919 in Kraft. Gleichzeitig treten alle früheren für den Landespolizeibezirk Berlin erlassenen Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe außer Kraft.

Ein Reichsgehaltstarif im Versicherungsgewerbe.

Berlin, 4. April. Der Arbeitgeberverband für das deutsche Versicherungsgewerbe teilt mit, daß die Vollstände der Versicherungsgesellschaften über einen Tarifvertrag, deren Aufstellung wegen der bisherigen außerordentlichen Verchiedenheit der Gehaltsysteme bei den einzelnen Versicherungszweigen und Betriebsstätten sehr erschwert war, in allernächster Zeit zu erwarten steht, sobald die Verhandlungen über einen Reichsgehaltstarif demnächst beginnen können.

Der Konflikt in der Metallindustrie.

Gestern vormittag um 10 Uhr sollten die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß fortgesetzt werden. Aber es gab erst endlose Sonderberatungen der Parteien über Vorschläge, die ihnen der Schlichtungsausschuß unterbreitet hatte. Um 11 Uhr abends verließen die Verhandlungsteilnehmer das Haus, ohne daß die Sitzung eröffnet worden war.

Wie wir erfahren, haben die bisherigen Verhandlungen dahin geführt, daß zwischen den Parteien eine Annäherung hinsichtlich der Gehaltsfrage stattgefunden hat. Bindende Vereinbarungen sind zwar nicht zustande gekommen, aber die Aussprache hat doch eine Grundlage für weitere Verhandlungen gegeben. Eine Einigung scheint aber nur unter der Voraussetzung möglich, daß noch wesentliche Änderungen der bis jetzt in Aussicht genommenen Gehaltsfrage vorgenommen werden. In der von den Angehörigen erhobenen Forderung des Mitbestimmungsrechts in der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse neben die Arbeitgeber eine ablehnende Haltung ein, die sie damit begründen, daß Angehörige in dieser Hinsicht eine Durchbrechung des grundsätzlichen Standpunktes der Arbeitgeber darstellen und Anlaß zur Aufstellung gleicher Forderungen in anderen Industriezweigen sein würden.

Die Verhandlungen werden heute vormittag fortgesetzt.

Waffenversammlung der Streikenden.

Die streikenden Angehörigen der Metallindustrie hielten gestern nachmittag eine Versammlung im Sportplatz ab. Der Anbruch war so kurz, daß der riesige Raum die Teilnehmer nicht fassen konnte. Hunderte warteten auf der Straße das Ende der Versammlung ab. Den Streikenden wurde ein Situationsbericht gegeben. Einstimmig nahm die Versammlung eine Resolution an, die Verneinung darüber bekennt, daß die große Mehrheit der Angehörigen einmütig in den Streik getreten ist, der lediglich dem Verhalten der Unternehmer zuzuschreiben sei. Bei einigem Entgegenkommen der Arbeitgeber hätte der Kampf vermieden werden können.

Die Angehörigen erklärten weiter, jeden Spruch abzulehnen, der ihnen mit Hilfe der Demobilisationskommission aufzuzwingen werden sollte und werden an ihren Forderungen festhalten.

Die Streikleiter der Betriebe versammelten sich heute, Sonnabend, vormittag 11 Uhr, in Haberlands Festsaal, Neue Friedrichstraße 85, um wichtige Informationen über den Stand der Verhandlungen entgegenzunehmen. Die veranlaßten Betriebsversammlungen der Streikenden für heute, nachmittags 3 Uhr, zum Zweck der Stellungnahme und Beschlussfassung.

Clement Schuderer, Verwaltungsvorstand, Sonnabend, nachmittags 2 Uhr, findet eine Betriebsversammlung der streikenden Angehörigen statt. Thema: Der Stand unserer Bewegung und Beschlussfassung. Lokal wird bei der Kontrolle bereitgestellt.

Industrie und Handel.

Zur Erschütterung der Kriegsgewinne.

In der Generalversammlung der H. Wolf Aktiengesellschaft, Berl. L. Westf. wurde der Antrag gestellt, aus den reichen Geldmitteln der Gesellschaft einen Extrabonus an die Aktionäre von 25 Proz. zur Verteilung zu bringen. Der Antrag wurde zum Beschluß erhoben. Für die Zahlung werden herangezogen die außerordentlichen Rücklagen, die Erneuerungsrücklage, Rücklage für Insolvenzen und Rücklage für Anwartschaften, sowie die, die aber noch nicht beanspruchte Kriegsgewinnsteuer in Höhe von etwa 150.000 Mk., die in den Aktienbüchern enthalten ist. Sodann wurde die ab morgen zahlbare Dividende auf 18 Proz. festgesetzt. Der Bonus von 25 Proz. ist am 8. Mai zahlbar. Vorstehen waren 1.461.000 Mk.

Reich u. Martin Aktiengesellschaft, Berlin. Der Ausschlußrat hat beschlossen, für das abgelaufene Geschäftsjahr die Verteilung einer Dividende von 15 Proz. und eine Sonderzuweisung von 75 Mk. auf jede Aktie, also weitere 15 Proz., in Vorschlag zu bringen. Auf des 1. Million Mark betragende Aktienkapital wurde in den Jahren 1910—1913 je 8 Proz., dann 8, 12 und 1917 schließlich 25 Proz. (einschl. Sondervergütung) an Dividenden ausbezahlt. Der Reinertrag stellt sich infolge der erhöhten Kriegsteuern auf 270.244 Mk. gegenüber 411.300 Mk. im Vorjahr.

Der Kampf um die Schule.

Das sozialdemokratisch-demokratische Schulkompromiß gescheitert.

Weimar, 4. April. Das Kompromiß, das gestern zwischen den Sozialdemokraten und Demokraten über Artikel 81 geschlossen worden war, wurde nach Vereinbarung der gestrigen Radikaltagsung wieder gelöst, weil die Demokraten unter allen Umständen an ihrem obligatorischen Religionsunterricht in den Volksschulen festhalten entschlossen waren. Infolgedessen brachten heute morgen bei Wiederaufnahme der Verhandlungen die Sozialdemokraten einen eigenen Antrag ein. Sie beantragten bezüglich des Religionsunterrichts folgendes:

„Der Religionsunterricht als ordentliches, jedoch nicht verbindliches Lehrfach in den Schulen wird durch die Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf zur Erteilung des Religionsunterrichts, zur Vornahme kirchlicher Verrichtungen oder zur Teilnahme an kirchlichen Feiern und Handlungen, sein Schüler gegen den Willen des Erziehungsbevollmächtigten zum Besuch des Religionsunterrichts oder zur Teilnahme an kirchlichen Feiern und Handlungen gezwungen werden. Die Kosten des Religionsunterrichts trägt bis zur Auseinandersetzung zwischen Kirche und Landesgesetzgebung der Staat.“

Der sozialdemokratische Antrag überließ also den fakultativen Religionsgesellschaften den Religionsunterricht und nahm ihn den Lehrern allgemein ab. Darauf erklärte das Zentrum, daß es für diesen sozialdemokratischen Antrag nicht stimmen werde, vielmehr entschied es sich, für die demokratische Fassung einzutreten, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Erteilung des Religionsunterrichts, der ordentliches Lehrfach der Schule ist, wird im Rahmen der Schulgesetzgebung geregelt. Kein Lehrer darf zur Erteilung des Religionsunterrichts oder zur Vornahme kirchlicher Verrichtungen, sein Schüler gegen den Willen des Erziehungsbevollmächtigten zum Besuch des Religionsunterrichts oder zur Teilnahme an kirchlichen Feiern und Handlungen gezwungen werden. Der Religionsunterricht wird in Übereinstimmung mit den Lehren und Sagen der betreffenden Religionsgemeinschaften erteilt. Die theologischen Fakultäten an den Universitäten bleiben erhalten.“

Der vorletzte Satz hat das Zentrum eingefangen; nachdem ein eigener Antrag mit seinen Stimmen und den Stimmen der Rechtsparteien abgelehnt worden war, stimmte es für den demokratischen Antrag, der dadurch die Stimmen sämtlicher bürgerlicher Parteien erhielt und angenommen wurde, so daß jetzt nach umfangreicher und verwirrender Mitteilung, die am Schluß der Vormittagsung stattfand, der Artikel 81, der sich mit der Schule beschäftigt, folgende Fassung erhalten hat:

1. Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehren dürfen keinem äußeren Zwange unterworfen werden. Sie sind frei. Der Staat gewährt ihnen Schutz und nimmt an ihrer Pflege teil.

2. Für die Bildung der Jugend ist durch öffentliche Anstalten zu sorgen, bei deren Einrichtung Reich, Länder und Gemeinden zusammenwirken. Die allgemeine Schulpflicht umfaßt in den

Volksschulen mindestens acht Schuljahre und die an ihn anschließende Fortbildungsschule bis zum vollendeten 18. Lebensjahr.

3. Die Lehrer an den öffentlichen Schulen haben die Rechte und Pflichten der Staatsbeamten. Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates. Er führt diese Aufsicht durch hauptamtlich tätige sachmännlich vorgebildete Beamte aus.

4. Die Errichtung von Privatschulen bedarf der Genehmigung des Staates. Sie unterliegen den Landesgesetzen. Privatschulen sind nur zuzulassen, wenn sie in ihrem inneren Aufbau nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen.

5. Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszubauen. Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule (der allgemeinen Volksschule) baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf. Für diesen Aufbau ist die Mannigfaltigkeit der Lebensberufe, für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule dessen Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung seiner Eltern, maßgebend.

6. In allen Schulen ist persönliche und staatsbürgerliche Tüchtigkeit und sittliche Bildung auf deutsch volkstümlicher Grundlage zu erstreben. Staatsbürgerkunde ist Lehrgegenstand in allen Schulen. Jeder Schüler erhält bei Beendigung der Schulpflicht einen Auszug der Verfassung.

7. Der Unterricht und die Lernmittel in den Volksschulen sind unentgeltlich. Durch Bereitstellung öffentlicher Mittel ist jedem Unbemittelten der Zugang der seiner Begabung und Neigung entsprechenden mittleren und höheren Schule zu ermöglichen.“

In diesen Artikel 81 schließt sich nun Artikel 81a, der oben wiedergegebenen Antrag der Demokraten über den Religionsunterricht, der mit allen bürgerlichen Stimmen zum Beschluß erhoben worden ist. Es verdient besonders bemerkt zu werden, daß sämtliche bürgerlichen Parteien den folgenden sozialdemokratischen Antrag niedergestimmt haben, der bestimmt:

„Jeder aktiva schillernde Deutsche, der den Nachweis erster, künstlerischer, wissenschaftlicher, technischer oder sozialer Leistung erbringt, aber mit seinen Werken seinen Lebensunterhalt nicht verdienen kann, genießt den Schutz und die Rücklage des Reiches.“

Die bürgerlichen Parteien haben diesen Antrag niedergestimmt, ebenso haben sie auch ihre Privatschulen in die Verfassung hineingeworfen.

Der Verfassungsausschuß hielt auch heute eine Nachmittagsung ab. Die Artikel, die sich auch mit den Grundrechten des bürgerlichen Volkes beschäftigen, nämlich der Artikel 28 und 29, sowie die Artikel 33—40, sind durch Beschluß der Mehrheit des Verfassungsausschusses einer Unterkommission von sieben Mitgliedern zur Vorbereitung übergeben worden. Anfolgendes ist der Verfassungsausschuß in seiner Nachmittagsung zum vierten Abschnitt des Verfassungsentwurfs übergegangen, der sich mit den Bestimmungen des Reichspräsidenten und der Reichsregierung beschäftigt. Über die Bestellung des Reichspräsidenten referierte in der Nachmittagsung der Hr. Dr. (abg. Dem.) um vier Uhr vormittag der Hr. Richard Fischer-Berlin mit seinem Referat folgen.

